

Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Autor(en): **Egger-Jenzer, Barbara / Andres, Dora**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (2004)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

9. Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Direktorin: Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer
Stellvertreterin: Regierungsrätin Dora Andres

9.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Folgende Schwerpunkte prägten das Berichtsjahr:

- *Fahrplanwechsel*: Der 12. Dezember 2004 war ein historischer Tag für den öffentlichen Verkehr, sowohl aus nationaler Optik, als auch aus kantonaler und regionaler. Das Angebot wurde auf einen Schlag um mehr als sechs Prozent vergrössert.
- *S-Bahn Bern*: Zusammen mit dem neuen Fahrplan konnte auch die neue S-Bahn Bern in Betrieb genommen werden, nachdem während Jahren an zahlreichen Baustellen intensiv gearbeitet worden war.
- *Libero*: Für die Benutzerinnen und Benutzer des Regionalverkehrs im ESPACE MITTELLAND bringt die ebenfalls auf den 12. Dezember 2004 hin erfolgte Einführung des Tarifverbundes Libero eine grosse Vereinfachung, wird doch nun für Reisen zwischen Münsingen und Solothurn sowie zwischen Huttwil und Freiburg nurmehr ein Billett benötigt. Einzelne Regionen mussten jedoch für diese gesamtkantonalen Verbesserungen des Angebotes merkliche Preiserhöhungen in Kauf nehmen.
- *Umfahrung Biel*: Nach der Genehmigung des ersten Teils des definitiven Projektes für den Ostast konnte das Detailprojekt für die Tunnels Büttenberg und Längholz in Angriff genommen werden. Beim Westast konnte für den Bereich Bruggmoos eine Platz und Kosten sparende Lösung erarbeitet werden.
- *Umfahrung Emdthal*: Nach jahrelangen Diskussionen und juristischen Verfahren um die beste Lösung hat der Regierungsrat die Kreditvorlage zuhanden des Grossen Rates verabschiedet.
- *Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf*: Die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Station Wankdorf ist ein Meilenstein für diesen kantonal ausserordentlich wichtigen Entwicklungsschwerpunkt, halten hier doch nicht weniger als 270 Züge pro Tag. Als nächstes wird es nun darum gehen, den Wankdorfplatz an die zukünftigen Bedürfnisse anzupassen.
- *Erschliessung Bern West*: Die mangelnde Verkehrserschliessung im Westen der Stadt Bern war nach der äusserst knappen Ablehnung von Tram Bern West an der Urne Gegenstand mehrerer parlamentarischer Vorstösse. Sofort wurden die Arbeiten für eine neue Vorlage an die Hand genommen. Bereits im Herbst 2005 sollen mögliche Lösungen zum Entscheid vorliegen.
- *Entlastungsprogramm 04 des Bundes*: Da die vom Bund ins Auge gefassten Sparmassnahmen insbesondere den öffentlichen Verkehr um Jahre zurückwerfen würden, hat sich der Regierungsrat auf den verschiedensten Ebenen vehement gegen diesen gefährlichen Kahlschlag eingesetzt.
- *Engere Zusammenarbeit zwischen Transportunternehmen*: Im Fusionsprojekt BLS/RM haben die beiden Bahnunternehmen die umfangreichen und komplexen Vorbereitungsarbeiten an die Hand genommen und wichtige Vorentscheide getroffen. Es zeigte sich dabei, dass einige Fragen nicht innert der angestrebten Fristen beantwortet werden können. Die beiden Unternehmen haben deshalb im Einvernehmen mit den Hauptaktionären Bund und Kanton Bern entschieden, den Fusionszeitpunkt zu verschieben. Demnach soll die Fusion spätestens Mitte 2006 rückwirkend auf den 1. Januar 2006 beschlossen werden. Hingegen wurden die Arbeiten für eine allfällige Fusion von RBS, BERNMOBIL und PostAuto Mitte 2004 sistiert, weil das Projekt wegen seiner hohen Komplexität mit zu vielen Risiken behaftet war. Bund und Kanton prüfen nun weiter, mit welchen Massnahmen die mit der Fusion angestrebten Sparziele erreicht werden können.
- *Agglomerationsprogramme*: Die wirtschaftliche Entwicklung findet insbesondere in den Agglomerationen statt, was entsprechende Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verlangt. Da die Planung der notwendigen und der anzustrebenden Verkehrsverbindungen die kommunale Ebene übersteigt, hat der Regierungsrat in den letzten Jahren sechs detaillierte Agglomerationsprogramme erarbeiten lassen, welche 2005 beim Bund für eine allfällige Mitfinanzierung eingereicht werden können.
- *Moutier-Tunnel*: Im Zusammenhang mit der still stehenden Bohrmaschine wurde zusammen mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) der Entscheid gefällt, die Arbeiten mit zwei richtungsgetrennten Tunnelröhren vierspurig fortzusetzen. Die Ausbrucharbeiten laufen unter grössten Sicherheitsvorkehrungen nach neuem Plan weiter.
- *Mitholz-Lawinenschutz-tunnel*: Gegen Ende Juli musste der Tunnel aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Die Verbindung nach Kandersteg wurde über die umgehend erstellte Notumfahrung aufgenommen und der Tunnel mittels Holzspriessen vor dem drohenden Einsturz bewahrt.
- *Energiestrategie*: Die Verabschiedung der Energiestrategie durch den Regierungsrat stellt einen wichtigen Schritt für die bernische Energiepolitik dar. Der Regierungsrat hat sich dabei für eine nachhaltige, auf erneuerbare Energien ausgerichtete Strategie ausgesprochen. Der Grosse Rat hat die Energiestrategie dann zwar mit Auflagen zurückgewiesen, doch ist damit die wichtige Diskussion über die energiepolitischen Ziele der nächsten 30 Jahre definitiv lanciert. Und diese Diskussion wird über den Kanton Bern hinaus für die schweizerische Energiepolitik Impulse zu setzen vermögen.
- *Eigentümerstrategie BKW*: Der Regierungsrat hat sich auf Antrag der BVE intensiv mit der strategischen Entwicklung der BKW FMB Energie AG und der Reduktion der Kantonsbeteiligung an diesem Unternehmen auseinander gesetzt. Er hat in der Folge im Rahmen der Antwort zur Motion Bühler (M 046/04) beantragt, den Regierungsrat mittels gesetzlicher Grundlage zur Reduktion der Kantonsbeteiligung zu ermächtigen und die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Diesem Vorgehen hat der Grosse Rat zugestimmt. Die BVE hat im Herbst 2004 die entsprechenden Gesetzgebungsarbeiten an die Hand genommen.
- *Inselspital*: Beim Intensivbehandlungs-, Notfall- und Operationszentrum (INO) konnten nach der Zustimmung des Grossen Rates zum Zusatzkredit der Durchbruch geschafft und die direkt anstehenden Planungsarbeiten soweit beendet werden, dass Anfang 2005 im INO West die konkreten Bauarbeiten wieder aufgenommen werden können.
- *Hochwasserschutz Thun*: Mit dem vorgesehenen Entlastungsstollen können sowohl die Ziele eines effizienten Hochwasserschutzes als auch die Anliegen von Umweltverbänden und der Fischerei erfüllt werden.
- *Baukostenmanagement (BKM)*: Das Projekt wurde ursprünglich unter anderem gestartet, weil das veraltete Kofina-Buchungssystem mit der Einführung von NEF durch FIS2000 ersetzt wird. Die nun gewählte BKM-Lösung (PROCON4) wird für die beiden Bauämter Tiefbauamt (TBA) und Hochbauamt (ab 1.1.05: Amt für Grundstücke und Gebäude AGG) zu einem unverzichtbaren Arbeitsinstrument werden. Im Vollausbau werden rund 100 Mitarbeitende ein jährliches Bauvolumen von ungefähr 400 Mio. Franken damit bearbeiten. Das BKM ist aber insbesondere auch ein Führungsinstrument für die Amtsleitungen und die Direktion.
- *Grundstückdateninformationssystem (GRUDIS)*: Mit dem Realisierungsblock 3 konnte im Lauf des Jahres 2004 das bestehende

Grundstückdateninformationssystem GRUDIS um den Zugriff auf digitale geometrische Plandaten erweitert werden. Nutzniessende der neuen Anwendung sind primär kantonale Stellen, welche Grundstücksinformationen benötigen, aber in zunehmendem Mass auch Dritte wie zum Beispiel Notare, Gemeinden, Infrastrukturwerke, Banken.

- *Geodatenbank Kanton Bern (GeoDB)*: In der Februar-Session hat der Grosse Rat die Realisierung beschlossen. Der Aufbau der GeoDB einerseits und der Betrieb der zukünftigen Plattform andererseits wurden gemeinsam öffentlich ausgeschrieben. Mit der Einführung der GeoDB ab 2006 wird eine zentrale Ablage der geografischen Grundlagedaten zur Verfügung stehen. Die Benutzenden haben die Möglichkeit, eigene Geodaten direkt in der GeoDB zu bearbeiten.

9.2 Berichte der Ämter

9.2.1 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist in sich eine einzige Produktgruppe («Führungsunterstützung»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Führungsunterstützung»

Seit dem 1. November ist das Führungsteam wieder komplett: Der neue stellvertretende Generalsekretär Andy Fischer leitet den Bereich Ressourcen (Personal, Finanzen, Informatik) und ist in Personalunion direkter Vorgesetzter der Abteilung Informatik.

Bei verschiedenen Projekten für einen attraktiven öffentlichen Verkehr war das Generalsekretariat federführend, so zum Beispiel beim Ausbau des Angebots S-Bahn Bern und bei den Vorbereitungen für eine engere Zusammenarbeit der Transportunternehmungen RM/BLS bzw. RBS, BERNMOBIL und PostAuto.

Im Berichtsjahr wurden ausserdem die Agglomerationsstrategie sowie sechs Agglomerationsprogramme in enger Zusammenarbeit mit der JGK erarbeitet. Eine vakante Stelle im Generalsekretariat wurde neu definiert, sodass Ulrich Seewer als Verantwortlicher Gesamtmobilität seine Tätigkeit gerade rechtzeitig aufnehmen konnte für die arbeitsintensive Betreuung der Aggloprogramme Verkehr und Siedlung und für die laufenden Überlegungen zur strategischen Ausrichtung der regionalen Zusammenarbeit.

Auch an der Energiestrategie hat sich das Generalsekretariat massgeblich beteiligt und sie konsequent auf das Legislaturziel der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet. Weil der Grosse Rat die Energiestrategie mit Auflagen zurückgewiesen hat, müssen deren Auswirkungen im nächsten Jahr sorgfältig studiert und das weitere Vorgehen zusammen mit dem zuständigen Amt festgelegt werden.

Das Ausarbeiten der Regierungs- und Grossratsgeschäfte sowie deren Begleitung durch die zuständigen Kommissionen und den Grossen Rat werden immer anspruchsvoller. Hier kommt dem Generalsekretariat als Mittlerin zwischen den Fachämtern und den EntscheidungsträgerInnen eine immer wichtigere Rolle zu. Gerade bei grösseren und komplexeren Vorhaben prägt das Generalsekretariat die Kommunikation nach aussen entscheidend mit, zum Beispiel beim Krisenmanagement im Fall des einsturzgefährdeten Holz-Tunnels und beim Zusatzkredit INO. Um die Medienarbeit weiter zu professionalisieren, wurde für die Mitarbeitenden der Sekretariate und der Telefonzentrale ein Medientraining durchgeführt. Um die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung weiter zu verbessern, wurden ausserdem die Internetauftritte der Ämter bis Ende Jahr vereinheitlicht. Drei Ämter werden mit ihrem neuen Auftritt in den ersten Monaten 2005 online gehen.

Immer anspruchsvoller wird auch die Finanzplanung. Als Führungs- und Koordinationsdrehscheibe mussten im Generalsekretariat die Auswirkungen der Sparaufträge des Grossen Rates, des Entlastungsprogramms 04, des NFA und der kantonalen Steuersenkungsinitiative zusammengetragen, für die Kommunikation nach aussen aufbereitet und entsprechende Massnahmen intern eingeleitet wer-

den. Die eidgenössischen Räte sowie die Öffentlichkeit wurden frühzeitig und regelmässig auf die Auswirkungen dieser Sparmassnahmen aufmerksam gemacht.

Das Berichtsjahr war ein Testjahr für die mit NEF aufgebauten neuen Führungsinstrumente (u.a. das Finanzinformationssystem FIS-2000). Es zeigte sich, dass die Verknüpfung von Finanzen/Ressourcen einerseits und Leistungen andererseits noch verbessert werden kann. Erste Anpassungen an der Produktstruktur wurden vorgenommen.

Die Infostelle öffentliche Beschaffungen des Generalsekretariates, welche den beschaffenden Behörden wie auch den anbietenden Privatfirmen für Auskünfte zur Verfügung steht, übernahm für den Kanton Bern die Betreuung der Website simap.ch. Die Ausschreibungen der kantonalen Verwaltung erfolgten neu im Internet und wurden von dort automatisch an das kantonale Amtsblatt übermittelt. Ab 2005 werden auch die Gemeinden und sämtliche weiteren Beschaffungsstellen online ausschreiben.

Produkt «Dienstleistungen für Ämter»

Damit die Mitarbeitenden aus der Liegenschaftsverwaltung (FIN) und der Signalisation/Markierung (POM) neu an der Reiterstrasse ihren Arbeitsplatz beziehen konnten, musste der bestehende Büroraum im Sommer 2004 stark verdichtet werden. Die optimale Bewirtschaftung des vorhandenen Raums wird unter NEF in der ganzen Kantonsverwaltung zu einem Thema werden.

Innerhalb der BVE wurden im Rahmen des gesamtkantonalen Projektes RENO (IT-Harmonisierung) 350 Arbeitsplätze erfolgreich überführt. Die Projektziele konnten erreicht und die Kostenziele eingehalten werden. Bis Ende Jahr wurde die Zusammenlegung der Informatikabteilungen von Tiefbauamt und Generalsekretariat zur Abteilung BVE IT vorbereitet und per 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt. Damit konnte ein wichtiger Schritt zur Nutzung von Synergien und zur Einsparung von Kosten vollzogen werden.

Die Überführung der Projektorganisation NEF in die Linie war Anlass, um mit der Beschreibung von Prozessen und Rollen im Bereich Finanzen und Leistungen zu beginnen. Diese Arbeiten strahlten auf das gesamte Generalsekretariat aus, in dem für alle Bereiche die wichtigsten Geschäftsprozesse aufgearbeitet wurden.

Bei der Einführung der neuen NEF-Instrumentarien unterstützte das Generalsekretariat die Ämter massgeblich. Weil die Verfügbarkeit und Funktionalität der Instrumente nicht von Anfang an sichergestellt waren, erforderte dies von den Mitarbeitenden im Finanz- und Personalbereich einen enormen Einsatz.

9.2.2 Rechtsamt

Das Rechtsamt ist in sich eine einzige Produktgruppe («Verwaltungsrechtspflege und rechtliche Dienstleistungen»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Verwaltungsinterne Verwaltungsrechtspflege»

Mit 311 Eingängen war die Beschwerdelast deutlich höher als in den Vorjahren (2002: 279; 2003: 268). Darunter finden sich 208 Beschwerden gegen Bauentscheide (2003: 167) und 62 in Baupolizeisachen (2003: 55).

Dabei ging es in 37 Fällen um Mobilfunkanlagen (2003: 25). Die Zahl der Reklamefälle pendelte sich bei 15 ein (2001: 21; 2002: 32; 2003: 7). Im zweiten Jahr, in dem die Direktion erste Beschwerdeinstanz für Beschwerden gegen Beschaffungen von Ämtern der BVE und von zahlreichen Sektorunternehmungen wie BKW, BLS usw. ist, gingen 14 Beschwerden ein (2003: 15).

Den oben erwähnten 311 Eingängen stehen 310 Erledigungen gegenüber. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 145 Tage, also weniger als fünf Monate, und lag damit unter dem Durchschnitt der Vorjahre von ungefähr sechs Monaten. Die Beschwerdeverfahren zu den so genannten ordentlichen Baugesuchen, die also vor der Bauausführung eingereicht werden, waren mit durchschnittlich

140 Tagen deutlich kürzer als die Beschwerdeverfahren zu nachträglichen Baugesuchen (170 Tage). Die Anstrengungen des Rechtsamtes, bei Baubeschwerden eine möglichst kurze Verfahrensdauer zu erzielen und bedeutenden Vorhaben Priorität einzuräumen, waren somit erfolgreich. Ein entscheidender Faktor für die durchschnittliche Verfahrensdauer ist aber auch die Möglichkeit, ein Verfahren nach einem Beschwerderückzug oder nach einer Projektänderung abzuschreiben. Der Anteil der Abschreibungen schwankt stark und kann vom Rechtsamt wenig beeinflusst werden.

Produkt «Rechtliche Dienstleistungen»

Im Jahr 2004 traten das Bergregalgesetz und das Abfallgesetz in Kraft, am 1. Januar 2005 auch die Revision des Organisationsgesetzes. Mit Letzterem wurden die Liegenschaftsverwaltung der Finanzdirektion und die Abteilung Signalisation der Polizei- und Militärdirektion in die BVE überführt. Die Revision des Wasserversorgungsgesetzes und des Dekrets über die Wassernutzungsabgaben, welche eine Änderung der Bemessungsgrundlagen vorsahen, waren in der Vernehmlassung mehrheitlich auf Zustimmung gestossen. Die vorberatende grossrätliche Kommission lehnte es jedoch Ende Jahr ab, auf die Vorlagen einzutreten, sodass der Regierungsrat das Geschäft zurückgezogen. Um die dem Kanton für den Strassenbau zustehenden Erträge aus der LSVA anteilmässig und zielgerichtet auf die Gemeinden verteilen zu können, wird eine Änderung des Strassenfinanzierungsdekretes vorbereitet. Die neuen Bemessungskriterien sollen für die Gemeinden erstmals 2006 wirksam werden. Die Arbeiten zur Förderung von Minergie im Rahmen des Energiegesetzes sind angelaufen, ebenso diejenigen zur Schaffung eines Gesetzes über die Beteiligung des Kantons an der BKW FMB Energie AG. Beide Vorlagen entsprechen Aufträgen des Grossen Rates. Mit dem neuen Finanzausgleich NFA fallen Bundesbeiträge an die amtliche Vermessung weg, sodass das Gesetz über die amtliche Vermessung total revidiert werden muss. Dabei werden die NEF-Rechtsetzungsgrundsätze konsequent angewendet. Neben diesen aufwendigen Arbeiten an Gesetzen und Dekreten war das Rechtsamt auch mit verschiedenen Verordnungen befasst. Hier ging es vor allem um die Gebiete Wasser, Abwasser, Wasserbau, Vermessung, Organisation und Gebühren.

Entsprechend dem Auftrag im Staatsbeitragsgesetz hat das Tiefbauamt die Staatsbeiträge an die Uferschutzplanungen und an die Realisierungs- und Unterhaltsbeiträge gemäss See- und Flusssufergesetz einer Erfolgskontrolle unterzogen und am 25. September 2001 zuhanden des Regierungsrates einen Bericht verfasst. Der Bericht schlägt folgende Massnahmen vor: Für die Realisierung der Uferschutzplanung muss den Gemeinden eine Frist gesetzt werden. Desgleichen müssen die Folgen bei Nichteinhaltung der Frist bestimmt werden. Die Unterhaltsbeiträge an die Uferwege sollen gestrichen, die Unterhaltsbeiträge an Freiflächen erhöht werden. Die Beiträge an den Erneuerungsunterhalt sind zu regeln. Der Regierungsrat verzichtet derzeit auf die Umsetzung der beantragten Massnahmen, da die ersten drei nur mit einer erneuten Änderung des See- und Flusssufergesetzes realisiert werden könnten. Die Praxis des Erneuerungsunterhaltes wird von der Strassenbaugesetzgebung bereits abgedeckt. Der Regierungsrat beauftragte die BVE daher, im Rahmen der geplanten Totalrevision des Strassenbaugesetzes zu prüfen, ob und wie weit die Uferwege diesem Gesetz unterstellt werden sollen.

Die BVE mit ihren Bauämtern tätigt am meisten kantonale öffentliche Beschaffungen. Deshalb wird das Rechtsamt in diesen Fragen von den verschiedensten Behörden weiterhin rege konsultiert.

9.2.3 Koordinationsstelle für Umweltschutz

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz ist in sich eine einzige Produktgruppe («Nachhaltige Entwicklung und Integration Umweltschutz»), gegliedert in zwei Produkte.

Produkt «Förderung der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Bern»
Wichtige Hilfsmittel sind erstellt worden: Die Broschüre «Nachhaltigkeitsbeurteilung, Einführung und Leitfaden» steht allen Fachstellen als praxisorientierte Hilfe zum Konzipieren und Durchführen von Nachhaltigkeitsbeurteilungen zur Verfügung (www.kus.bve.be.ch → Nachhaltige Entwicklung → Nachhaltigkeitsbeurteilung). Verschiedene konkrete Nachhaltigkeitsbeurteilungen sind durchgeführt worden: «Jurierung Architekturwettbewerb von Roll-Areal», «Verkehrsintensive Vorhaben an ESP-Standorten», «Schneeparadies Hasliberg-Titlis». Mit dem «Check Nachhaltigkeitsrelevanz» können Verwaltungsstellen einfach überprüfen, ob geplante Vorhaben für die Nachhaltige Entwicklung (NE) des Kantons Bern von Bedeutung sind (www.be.ch/relevanz). Zur leicht verständlichen Information über die wesentlichsten Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung wurde eine kleine Wanderausstellung realisiert. Erstmals wurden Kurse zum Thema Nachhaltige Entwicklung für Mitarbeitende der BVE angeboten. Rund 60 Personen besuchten den Basiskurs und 15 Personen nahmen zusätzlich am Kurs «Nachhaltigkeitsbeurteilung» teil.

Seit dem Start des Kompetenzverbundes LA21 (eine Kooperation von Kanton, Gemeinden und privaten Anbietenden von Dienstleistungen im Bereich Nachhaltige Entwicklung) per 1. Januar 2004 konnte bei mehreren Gemeinden das Interesse für eine mögliche Kooperation geweckt werden. Im ersten Pilotjahr haben sich zwei Gemeinden am Kompetenzverbund beteiligt.

Die Tagung zur «Nachhaltigen Entwicklung in der Gemeinde» stiess auch dieses Jahr auf grosses Interesse. Sie wurde von rund 70 Personen aus 40 Gemeinden besucht. Im Vordergrund standen praktische Beispiele für die konkrete Umsetzung.

In der Öffentlichkeitsarbeit zum schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und zum Umweltschutz hat sich das Internet als Kommunikationsinstrument etabliert. Die Website der KUS (www.kus.bve.be.ch) wurde völlig überarbeitet und aktualisiert. Das Webangebot «Umweltbildung» enthält neu eine kommentierte Übersicht «Kantonale Publikationen für den Schulunterricht». Weitere Publikationen sind neu in französischer Sprache erhältlich: das Vademecum «Nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde» und der Flyer «Ökologie am Arbeitsplatz».

Die KUS vertritt die Anliegen des Umweltschutzes in diversen überdirektionalen und interkantonalen Gremien. Besonders zu erwähnen sind in diesem Jahr die Aktivitäten in der «Arbeitsgruppe Koordinierte Parkplatzpraxis (KPP)»: Mit der Etablierung des Fahrleistungsmodells konnte die Behandlung des Verkehrs in den UVP-Verfahren spürbar vereinfacht werden. Der «Cercle bruit», die Vereinigung der kantonalen Lärmschutzvollzugsstellen, hat sich neu als Verein konstituiert. Die KUS hat im Namen des Kantons Bern die erste Generalversammlung auf dem Gurten organisiert.

Produkt «Umweltverträglichkeit von Grossprojekten (UVP)»

Die Zahl der eingereichten UVP-pflichtigen Projekte hat mit 47 Projekten gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen (Vorjahr: 34). 17 Projekte betreffen Anlagen für die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere (Vorjahr: 11). Eine deutliche Zunahme haben mit 10 neuen Projekten auch die Abfallbehandlungs- und Abfallentsorgungsanlagen erfahren (Vorjahr: 1). Verdoppelt haben sich mit 6 neuen Projekten die verkehrsintensiven Anlagen wie Einkaufs- und Verteilzentren. Im Berichtsjahr wurden 29 Projekte bezüglich ihrer Umweltverträglichkeit überprüft und mit drei Ausnahmen auch positiv beurteilt (Vorjahr: 36). Diese positive Bilanz beruht auf einer intensiven Koordinationsarbeit (z.B. Mitarbeit in Projektgremien, Verfahrens- und Fachberatung), die zu verfahrens- und umweltmässig optimierten Projekten geführt hat.

Seit rund drei Jahren wird die Optimierung der UVP mit Blick auf einen wirkungsvolleren und effizienteren Vollzug in Zusammenarbeit mit den Fachstellen und Leitbehörden vorangetrieben. 16 neue Merkblätter fassen die Erfahrungen und Erkenntnisse adressatengerecht zusammen. Der bereits traditionelle UVP-Workshop der Kantone Solothurn und Bern für die Umweltbüros war sehr gut be-

sucht. Themen waren: «Verkehr», «Bauphase/Umweltbaubegleitung» und «Energie».

Um den UVP-Vollzug zu harmonisieren und die Ressourcen zu bündeln wurde die interkantonale Zusammenarbeit verstärkt. Als wichtige Ergebnisse sind die Herausgabe der «Empfehlungen zum Inhalt von Umweltverträglichkeitsberichten (UVB)» durch die welschen Kantone (inkl. Kanton Bern) sowie die Gründung der interkantonalen «Fachgruppe UVP der Deutschschweiz» zu erwähnen.

9.2.4 Vermessungsamt

Das Vermessungsamt ist in sich eine einzige Produktgruppe («Vermessung und Geoinformation»), gegliedert in vier Produkte.

Die im SAR-Prozess beschlossenen Massnahmen für das Vermessungsamt werden konsequent umgesetzt und zeigen erste positive Ergebnisse. Nach wie vor sieht sich das Vermessungsamt auf Grund der zukunftsgerichteten und somit erfreulichen Entwicklungen im Bereich der Geoinformationen einer sehr hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Die aktuellen Arbeiten – insbesondere der laufende Aufbau der kantonalen Geodatenbank – sind mit grossen Erwartungen verbunden.

Produkt «Steuern der Realisierung der amtlichen Vermessung»

Die Amtliche Vermessung steht heute für die Fläche von gut 60 Prozent des Kantons Bern digital zur Verfügung. Ungefähr die Hälfte dieser Vermessungsdaten beruhen auf einer definitiv anerkannten Vermessung, welche die Qualitätsanforderungen an eine Amtliche Vermessung vorbehaltlos erfüllen. Die andere Hälfte ist nur provisorisch ab den zum Teil über 140 Jahre alten Kartenplänen numerisiert worden und erfüllt die Qualitätsanforderungen nicht oder nur zum Teil. Mit dem Erreichen dieser beachtenswerten Flächendeckung ist ein dringendes Anliegen von Nutzenden der Amtlichen Vermessung teilweise erfüllt worden. Die weiteren Anliegen – die kostengünstige und auf wenige Kompetenzzentren konzentrierte, einfache Datenabgabe – können dank einer engeren Zusammenarbeit der lokalen Nachführungsgeometer in fünf regionalen Zusammenschlüssen ab dem Jahr 2005 erfüllt werden.

Nach den erfolgten Fusionen von Englisberg und Zimmerwald zur neuen Gemeinde Wald sowie von Niederwichtach und Oberwichtach zur neuen Gemeinde Wichtach mussten in den neu entstandenen Gemeinden Grundbuchkreise eingeführt werden. Dadurch konnte eine Umnummerierung der Grundstücke vermieden werden.

Produkt «Geodätische Grundlagen und Hoheitsgrenzen»

Die SAR-Massnahmen werden konsequent umgesetzt. Die Anzahl Fixpunkte, bei denen der Kanton für Unterhalt und Dokumentation zuständig ist, wurde entsprechend dem Fixpunkt-konzept weiter reduziert. Die Fixpunktreduktion wird im Rahmen von subventionsberechtigten Erneuerungen realisiert. Die verbleibenden Punkte werden bezüglich der Kriterien Qualität, sicherer Standort, Zugänglichkeit, technische Verwendbarkeit und Homogenität über das Kantonsgebiet selektiert. Bis auf wenige Gebiete im Berner Oberland konnte diese Ausdünnung in den letzten Jahren im gesamten Kantonsgebiet durchgeführt werden. Die praktischen Auswirkungen dieser Arbeiten zeigen sich in der laufenden wie auch in der (erst-mals durchgeführten) periodischen Nachführung der Fixpunkte.

Produkt «Distribution von Geoinformationen»

Nachdem der Grosse Rat im Februar 2004 die Bewilligung für die Realisierung der Geodatenbank des Kantons Bern erteilt hatte, wurden die Projektarbeiten mit hoher Priorität weiter vorangetrieben. Im Juli 2004 erfolgten die öffentlichen Ausschreibungen für die Applikationsentwicklung sowie für den Betrieb der Geodatenbank. Für beide Bereiche gingen je vier Offerten ein. Aus dem anschliessenden Evaluationsverfahren ergaben sich für die Ende 2004 ange-laufene Umsetzung des Vorhabens sowohl von der Qualität als

auch vom Preis her einwandfreie Lösungen. Ab dem Jahr 2006 soll die Geodatenbank für die breit angelegte Nutzung bereit stehen. Die Geodatenbank ist eine wichtige Grundvoraussetzung für normierte Geodaten.

Das kantonale Grundstückdateninformationssystem GRUDIS wird kantonsintern und -extern rege benutzt. Mit einer Anpassung der GRUDIS-Verordnung wurde im Berichtsjahr der BenutzerInnenkreis erweitert: neu können zum Beispiel auch Banken auf für sie wichtige Daten zugreifen. Die Anwendung GRUDIS wurde erweitert (Projekt GRUDIS, Realisierungsblock 3), sodass neu für alle GRUDIS-BenutzerInnen ein Zugriff auf digitale Pläne möglich ist.

Produkt «Schaffen und Umsetzen von nachhaltigen Rahmenbedingungen für Geoinformation»

Für die Themenbereiche Nutzungsplan und Landschaftsentwicklungskonzept wurde in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen kantonalen Ämtern sowie betroffenen privaten Firmen Datenmodelle erarbeitet und im Rahmen von Pilotprojekten getestet. Die Normierung schafft die Voraussetzung, damit die Geodaten in den Gemeinden und Regionen nach einheitlichen Kriterien erhoben und später beim Kanton zusammengefasst werden können.

Die für die Normierung, Verwaltung und Verbreitung der Geodaten nötigen Bestimmungen sollen auf Verordnungsstufe geregelt werden. Im Jahr 2004 erfolgte in einer Arbeitsgruppe die Erarbeitung der entsprechenden Kantonalen Geoinformationsverordnung (KGeolV). Es wurde zuerst eine Konsultation in den einschlägigen Fachkreisen durchgeführt. Die offizielle Vernehmlassung der Verordnung findet Anfang 2005 statt. Das Inkrafttreten ist für den 1. April 2005 vorgesehen.

9.2.5 Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft

Produktgruppe «Gewässer- und Bodenschutz»

Produkt «Siedlungsentwässerung»

Die Siedlungsentwässerung befindet sich seit mehreren Jahren in einem stetigen Umbruch: Die Infrastruktur ist zwar weitgehend erstellt (über 95% der Schmutzwässer werden in Abwasserreinigungsanlagen gereinigt). Im Siedlungsgebiet hat sich in den letzten Jahren jedoch eine differenzierte Entwässerungstechnik mit Regenwasserversickerung, Retention und Fremdwasserabtrennung durchgesetzt. Die aufwändigen Infrastrukturen für die Abwasserentsorgung (im Wert von insgesamt rund 8,5 Mrd. Fr.) gilt es nun sachgemäss zu betreiben und zu unterhalten. Nach der intensiven Bauphase stehen heute vermehrt Aufgaben der Kontrolle, der Wartung und der Sanierung sowie der Anlagenoptimierung im Zentrum. Der Ende 2004 publizierte Sachplan Siedlungsentwässerung (VOKOS-Bericht) zeigt, dass bei verschiedenen Abwasserregionen die Sanierungsmassnahmen zur Reduktion der hohen Fremdwasserzuflüsse noch intensiv weitergeführt werden müssen. Gemäss VOKOS-Zielsetzung soll der Fremdwasseranteil in den nächsten 10 Jahren auf unter 50 Prozent gesenkt werden. Als weitere prioritäre Aufgaben sind die Behandlung der Gewässerschutzgesuche sowie die Abnahme und Kontrolle der privaten Liegenschaftsentwässerungen zu professionalisieren. Die Zustandsaufnahmen zeigen, dass sich viele dieser Anlagen in einem schlechten Zustand befinden.

Produkt «Abwassereinigung»

Die im VOKOS-Bericht 1997 ausgewiesenen Massnahmen auf Kläranlagen sind weitgehend abgeschlossen. Bedeutend bessere Leistungen können in den neu in Betrieb genommenen Erweiterungsbauten der ARA Region Bern, Saanen, Adelboden, Tavannes, Wangen und weiteren festgestellt werden. Im Sachplan Siedlungsentwässerung 2004 werden 25 mittlere und kleine ARA in einer hohen Prioritätsstufe aufgeführt. Im Bericht «Defizite und Prioritäten

Abwasserreinigung» sind die Beurteilungen der ARA im Jahr 2004 neu zusammengestellt worden. Mit der bundesgerichtlichen Abweisung der Beschwerde gegen die Erweiterung der ARA Worblental verfügt nun auch das letzte grosse Ausbauprojekt über eine Baubewilligung.

Produkt «Gewässerschutz in Industrie und Gewerbe»

Im Berichtsjahr sind mehrere bedeutende Projekte für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen realisiert oder initiiert worden. Als Auslöser für die Projekte lassen sich verschiedene Gründe nennen: Entweder können bestehende Anlagen infolge von Produktionssteigerungen die verlangte Abwasserqualität nicht mehr einhalten, oder die Anlagen beinhalten wegen ihres Alters oder ihrer Auslegung ein zu grosses betriebliches Risiko, oder die kommunale Kläranlage ist überlastet oder erleidet auf Grund des Industrieabwassers Betriebsstörungen. Als Beispiele von Unternehmen mit wichtigen Projekten für die Behandlung der Industrieabwässer können die Papierfabrik Utzenstorf, die Nestlé in Konolfingen, die Zuckerfabrik Aarberg, die Kartonfabrik Deisswil und die GZM in Lyss erwähnt werden.

Die Industrie hat bedeutende Investitionen getätigt oder wird dies noch tun müssen. Dies, obwohl für private Anlagen keine Beiträge aus dem Abwasserfonds gewährt werden können und deshalb die Industrie die gesamten Kapital- und Betriebskosten selber tragen muss. Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld wird vor jeder Investition in Abwasseranlagen die Notwendigkeit gründlich hinterfragt und eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Abwägung vorgenommen.

Produkt «Grundwasserschutz und Materialentnahmen»

Das Erhebungsblatt und die Datenbank für den Versickerungskataster konnten den Gemeinden wie geplant Anfang 2004 zur Verfügung gestellt werden. Für den Versickerungskataster wurde im Rahmen des Sachplans Siedlungsentwässerung eine Liste der prioritären Gemeinden erstellt. Dabei handelt es sich um Gemeinden, welche über genutzten oder nutzbaren Grundwasservorkommen liegen und wo die unsachgemässe Versickerung von Regenabwasser eine konkrete Gefahr für das Grundwasser darstellt. Der kommunale Versickerungskataster wird im Rahmen des Generellen Entwässerungsplanes (GEP) der Gemeinden erstellt. Die Qualität des Grundwassers wurde weiterhin einmal jährlich im Rahmen des kantonalen Grundwasserüberwachungsprogramms untersucht. Die Grundwasseranalysen werden im hydrografischen Jahrbuch des Kantons Bern publiziert. Das kantonale Grundwassermonitoring wird weiterhin durch die Überwachungsprogramme des Bundes NAQUA trend und NAQUA spez ergänzt.

Produkt «Tankanlagen»

Im Frühjahr 2004 wurden die Kantone darüber in Kenntnis gesetzt, dass auf Grund von Sparmassnahmen beim BUWAL ein Abbau des Vollzugs Tankkontrolle sowie die Aufhebung der Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten geplant seien. In der Vernehmlassung lehnte der Regierungsrat diesen gefährlichen Abbau ab. Ende Jahr leitete der Bundesrat einen Vorschlag zur Gesetzesänderung an das Parlament weiter und orientierte die Kantone über die vorgesehenen Änderungen. Der Vollzug Tankkontrolle wurde aber noch im bisherigen Sinne weitergeführt: Es wurden rund 770 Gesuche um eine Bewilligung zur Erstellung einer Lageranlage bearbeitet, sowie die Lagerung von über 9000 m³ Heiz-, Dieselöl und Benzin bewilligt. Weiter wurde der Vollzug von über 8500 Tankrevisionen sowie von gegen 7500 Servicearbeiten an Lecküberwachungsgeräten überwacht und über 11000 Kontroll-Aufgebote für das Jahr 2005 ausgelöst. Rund 500 Beratungen und gegen 450 Kontrollen ergänzten die erbrachten Dienstleistungen.

Produkt «Gewässerverschmutzungen und Schadendienst»

Auch im Berichtsjahr konnte bei der Anzahl von Alarmierungen des GSA-Pikettdienstes ein kleiner Rückgang (von 86 auf 84) festge-

stellt werden. Die meisten Verursacher konnten ermittelt werden, weshalb vom Kanton keine Sanierungskosten für Umweltschäden mit unbekanntem Verursacher übernommen werden mussten. Es ereigneten sich zudem auch keine Katastrophen, bei denen der GSA-Pikettdienst zum Einsatz gekommen wäre.

Produkt «Gewässerüberwachung»

Thunersee: Im dritten Zwischenbericht «Gewässerbelastung durch Sprengstoffe im Thunersee» wurden die Ergebnisse der Kampagne 2004 vorgestellt. In den Wasserproben, die aus verschiedenen Tiefen und zu unterschiedlichen Jahreszeiten erhoben wurden, konnten keine Sprengstoffe nachgewiesen werden. Die zu diesem Zweck entwickelte Analysenmethode weist Nachweisgrenzen im tiefen Bereich «Nanogramm pro Liter» auf. Auch die See-Sedimentproben, welche bei den Munitionsdeponien Beatenbucht gestochen wurden, enthielten keine Sprengstoffe. Der abschliessende Bericht erscheint 2005.

Brienzersee: Ende März genehmigte der Regierungsrat einen Kredit für umfassende Untersuchungen im Rahmen des Projekts «Ökosystem Brienzersee». Die Arbeiten wurden im Frühling 2004 begonnen und werden Mitte Juni 2006 abgeschlossen sein. Im November wurden die ersten Zwischenresultate anlässlich eines wissenschaftlichen Workshops vorgestellt.

Jurarandseen: Seit Januar 1999 werden Murten-, Neuenburger- und Bielersee in einem koordinierten Messprogramm der Kantone Bern, Freiburg und Neuenburg untersucht. Die seephysikalische Datenerhebung sowie die Phytoplanktonanalysen im Murtensee werden im bernischen Gewässer- und Bodenschutzlabor (GBL) durchgeführt. Die gemeinsamen Seeuntersuchungen der drei Kantone haben sich als effektiv und effizient erwiesen (vgl. dazu www.die3seen.ch).

Fliessgewässer: Die flächendeckende Datenerhebung wurde abgeschlossen. Rund 150 Fliessgewässerabschnitte, bei welchen zwischen 1997 und 2003 grössere strukturelle Eingriffe vorgenommen worden sind, wurden neu erfasst und klassiert.

Produkt «Bodenschutz»

Bei Schiessanlagen sind sowohl die Kugelfänge als auch die Böden in deren näherer Umgebung mit Schadstoffen belastet. Bereiche mit hoher Belastung dürfen nicht genutzt werden und sind mit einem Zaun zu sichern oder zu sanieren. Um das Verschleppen der Schadstoffe auf unbelastete Standorte zu verhindern, dürfen Erdarbeiten nur nach Absprache mit der Fachstelle durchgeführt werden. Im Kanton Bern gibt es rund 700 Standorte mit Schiessanlagen. In rund 50 Prozent der Fälle haben die Verantwortlichen reagiert und mit der Planung der Sanierung ihrer Anlage begonnen.

Produktgruppe «Abfallwirtschaft»

Die systematische Kontrolle der Entsorgung von Sonderabfällen im Garagegewerbe wurde fortgesetzt.

Produkt «Abfallentsorgung»

Die Abfallverordnung wurde fertig gestellt und vom Regierungsrat im Februar 2004 erlassen, nachdem das Abfallgesetz vom Grossen Rat bereits im Vorjahr angenommen worden war. Das Vollzugsprojekt Bauabfälle zur Umsetzung der neuen Bestimmungen der Abfallgesetzgebung wurde gestartet. Mit der Basler Chemischen Industrie wurde eine Nachsorgevereinbarung für die Sondermülldeponie Teufthal abgeschlossen. Die bestehenden Nachsorgevereinbarungen für die Deponien Teufthal und Türlacher wurden den neuen Gegebenheiten angepasst. 27 Bewilligungen zur Annahme von Sonderabfällen wurden erneuert, was einem Viertel der Empfängerbewilligungen entspricht.

Das Projekt Autoabbruch- und Altmetallsammelbetriebe erreichte die Umsetzungsphase. Von den rund 85 inspierten Betrieben waren 14 keine Autoabbruchbetriebe, 8 Betriebe wurden eingestellt,

16 Betriebe bewilligt, in 37 Betrieben sind Massnahmen im Gange und bei 11 Betrieben wurden Wiederherstellungsverfahren eingeleitet. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Verein Baustellenkontrolle wurde fortgesetzt. Die Wiederherstellung rechtmässiger Zustände, insbesondere beim illegalen Umgang mit Bauabfällen, wurde in verschiedenen Fällen durchgesetzt. Missstände bei der Entsorgung von Altschotter wurden in enger Zusammenarbeit mit den SBB aufgedeckt.

Produkt «Altlasten»

Die Überführung des aktuellen Verdachtsflächenkatasters in den öffentlichen Kataster der belasteten Standorte wurde fortgesetzt.

Ablagerungsstandorte: Während Ende 2003 erst 38 Prozent der GrundeigentümerInnen über den Eintrag ihres Grundstücks oder eines Teils davon in den Kataster der belasteten Standorte informiert waren, sind es Ende 2004 bereits 82 Prozent. Dabei sind 983 (oder 55%) der Standorte rechtsgültig im Kataster verzeichnet, bei den anderen läuft noch die Einsprachefrist beziehungsweise die Einsprachen werden zurzeit bearbeitet. Insgesamt 100 Standorte konnten bereits aus dem Verdachtsflächenkataster gelöscht werden. Für diese Standorte sollten die Arbeiten bis Ende 2005 programmgemäss abgeschlossen werden.

Betriebsstandorte: Ein im Berichtsjahr ausgearbeitetes Konzept sieht vor, die Betriebsstandorte bis Ende 2008 in den Kataster der belasteten Standorte zu überführen. Die Bearbeitung erfolgt branchenweise und mit abteilungs-internen Ressourcen. 2004 wurden als erstes die GrundeigentümerInnen von 240 Textilreinigungsbetrieben informiert. Der Kataster der belasteten Standorte wurde ausserdem mit einem Kataster der mit Abfällen belasteten Höhlen und Dolinen im Berner Jura und im Oberland ergänzt.

9.2.6 **Wasser- und Energiewirtschaftsamt**

Die Tätigkeiten des WEA sind bereits im Rahmen des Pilotversuches NEF 2000 in Produktgruppen zusammengefasst worden. Details zur Leistungserfüllung finden sich wie in den vorhergehenden Jahren in der Staatsrechnung unter dem Kapitel «Besondere Rechnung». Im Berichtsjahr besonders hervorzuhebende Themen waren:

Produktgruppe «Wasserwirtschaft»

Produkt «Wassernutzung»

2004 war das Jahr der Neukonzessionierung des Kraftwerkes Matten in Bern und des Kraftwerks an der unteren Schüss in Biel. Die Sanierung des Wehrs am Wasserkraftwerk Mühleberg wurde in Angriff genommen. Bereits zu Diskussionen Anlass gab das noch nicht eingereichte Gesuch für die Staumauererhöhung an der Grimsel durch die KWO.

Produkt «Wasserversorgung»

Die Abschreibungsvorschriften für Wasser- und Abwasserversorgung wurden auf Grund der Motion Kiener Nellen durch eine Änderung der Wasserversorgungsverordnung vereinheitlicht und das viel diskutierte Einlageminimum in die Spezialfinanzierung wurde auf 60 Prozent festgelegt. Im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Beiträgen aus dem Trinkwasserfonds hat der Regierungsrat Anpassungen im Wasserversorgungsgesetz und im Dekret über die Wassernutzungsabgaben vorgeschlagen. Allerdings ist die vorbereitende Kommission des Grossen Rates auf die Änderungsvorschläge nicht eingetreten, was den Regierungsrat bewog, das Geschäft zurückzuziehen.

Produkt «Abflussbewirtschaftung»

Das Projekt zur Hochwasserentlastung Thunersee sieht nun einen Langstollen aus dem Schiffahrtskanal bis unterhalb des Kraftwerkes Thun vor. Das Regulierreglement muss diesen Umständen

und der in Planung begriffenen neuen Regulierung des Brienzersees angepasst werden.

Produkt «Juragewässerkorrektur»

Der Juragewässerkorrektur (JGK) kam im Jubiläumsjahr zum 200. Geburtstag von Johann Rudolf Schneider eine besondere Bedeutung zu. Die Verwaltung beteiligte sich an der Realisierung der Ausstellung zur Geschichte der JGK im Schloss Nidau.

Produktgruppe «Energiewirtschaft»

In den Jahren 2003 und 2004 wurde die in Aussicht gestellte Kantonale Energiestrategie erarbeitet und anschliessend vom Regierungsrat verabschiedet. Der Grosse Rat wies diese Strategie im November mit Auflagen an die Regierung zurück: Hauptdiskussionpunkte waren der Weiterbestand und der spätere Ersatz des Kernkraftwerkes Mühleberg.

Produkt «Förderung der Energieeffizienz»

Im Berichtsjahr war MINERGIE wiederum ein wichtiges Thema. Das Engagement des Kantons bestand in vielen direkten und indirekten Massnahmen: Neben der Behandlung von zahlreichen Beitragsgeschäften (rund 700) wurde die Motivierung der Bevölkerung ins Zentrum gerückt, unter anderem mit drei Messeauftritten, mit 18 Kursen und 1300 Direktberatungen sowie einer Medienpräsenz, welche bis vier Millionen Personen ansprach. Die Wirkung der Massnahmen ist auch dank interkantonalen Zusammenarbeit effizienter geworden. Die Installation von Holzheizanlagen hat sehr stark zugenommen und Vorstösse aus dem Grossen Rat verlangen diesbezüglich eine noch grosszügigere Förderung. Zurzeit fehlen leider die dafür notwendigen zusätzlichen finanziellen Mittel.

9.2.7 **Tiefbauamt**

Die Tätigkeiten des TBA sind bereits im Rahmen des Pilotversuches NEF 2000 in Produktgruppen zusammengefasst worden. Details zur Leistungserfüllung finden sich wie in den vorhergehenden Jahren in der Staatsrechnung unter dem Kapitel «Besondere Rechnung». Im Berichtsjahr besonders hervorzuhebende Themen waren:

Produktgruppe «Kantonsstrassen»

Am 23. Juli musste der Mitholz-Lawinenschutzstunnel zufolge Betonabplatzungen und festgestellten Schubrisen aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Die Verbindung nach Kandersteg wurde zuerst über eine Baupiste und ab dem 30. Juli über die umgehend erstellte Notumfahrung sichergestellt. Der Tunnel ist mittels Holzspriessen vor dem drohenden Einsturz gesichert worden. Die Ursachenuntersuchungen mussten Ende Jahr von der Justiz angeordnet werden, da eine gemeinsame Vereinbarung über die Untersuchungen nicht von allen beteiligten Parteien akzeptiert worden ist. Die entsprechenden Gesuche hat das TBA gestellt.

Ende Jahr wies das Verwaltungsgericht die hängige Beschwerde bezüglich Umfahrung Emdtal vollumfänglich ab. Der Grundsatz der Planbeständigkeit sei wegen drastisch veränderter finanzieller Situation nicht verletzt worden. Der Grosse Rat wird voraussichtlich in der April-Session 2005 über den nötigen Kredit befinden. Im November konnte in Köniz nach 2½ Jahren Bauzeit die sanierte Ortsdurchfahrt (Köniz- und Schwarzenburgstrasse) offiziell dem Verkehr übergeben werden. Desgleichen die sanierte und für den 40-Tonnen-Verkehr auf der Strecke Bern-Schwarzenburg verstärkte Schwarzwasserbrücke. Abgeschlossen wurde sodann der Ausbau der Tiefenau- und der Worblaufenstrasse in Worblaufen, womit die Voraussetzungen für die Erschliessung der geplanten neuen Bauten im ESP Worblaufen geschaffen sind.

Die Bauarbeiten für die Ortsdurchfahrt von Cormoret im Berner Jura konnten abgeschlossen werden. Am Jurasüdfuss wurden in Pieterlen und Lengnau die Bauarbeiten für flankierende Massnahmen zur A 5 in Angriff genommen werden. Im Gefolge der Realisierung der Neubaustrecke SBB/Bahn 2000 von Mattstetten bis Rothrist konnte die Mitarbeit des Tiefbauamtes bei den vielen Kreuzungsbauwerken, Kantonsstrassen- und Gewässeranpassungen abgeschlossen werden. Auch der 30-jährige und 340 Meter lange «Roggwilviadukt» wurde bei dieser Gelegenheit saniert.

Produktgruppe «Nationalstrassen»

Im Bereich Nationalstrassen wurden die gesteckten Ziele im Grossen und Ganzen erreicht. Im September genehmigte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) den ersten Teil des definitiven Projektes für den Ostast der A5 Umfahrung Biel. Im Einvernehmen mit dem ASTRA konnte das Detailprojekt für die Tunnels Bütenberg und Längholz bereits in Angriff genommen werden. Der Westast wurde in seiner Gesamtheit nochmals kritisch überprüft. Zusammen mit Bund und Gemeinden konnte für den Bereich Brüggenmoos eine Platz und Kosten sparende Lösung erarbeitet werden. Der diesbezügliche Schlussbericht wird Anfang 2005 vorliegen.

Beim Moutier-Tunnel der A16 Transjurane, Roches-Court, wurde im Zusammenhang mit der still stehenden Bohrmaschine im Einvernehmen mit dem ASTRA der Entscheid gefällt, die Arbeiten mit zwei richtungsgetrennten Tunnelröhren vierspurig fortzusetzen. Die Ausbrucharbeiten laufen unter grössten Sicherheitsvorkehrungen nach neuem Plan weiter. Am Ziel der Eröffnung im Jahr 2011 wird festgehalten. Für den A1 Neufeldtunnel Bern stimmte das ASTRA einer verbesserten Lösung bezüglich Anschluss Süd (Tiefenaustrasse) zu, welche Gegenstand eines öffentlichen Auflageverfahrens sein wird.

Produktgruppe «Hochwasserschutz»

Der kantonale Wasserbauplan zum Hochwasserschutz Thunersee konnte in die öffentliche Mitwirkung gegeben werden. Unter anderem durch den vorgesehenen Langstollen zwischen Schifffahrtskanal und Kraftwerk kann bis 2007 ein adäquater Hochwasserschutz erreicht werden. In Aarberg wurde die Renaturierung der Alten Aare abgeschlossen.

Produktgruppe «Spezialprodukte»

Nach Abschluss der Bearbeitung von über 200 Mitwirkungseingaben wurden die Grundlagen zum kantonalen Richtplan Velo (KRP) mit etwas Verspätung bereitgestellt (RRB vom 22. Dezember). Im Rahmen der Revision der Strassenverkehrsgesetzgebung sowie der strategischen Aufgabenüberprüfung SAR wurde der Bereich Signalisation und Markierung vom Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt an das Tiefbauamt übertragen. Die betroffenen Mitarbeitenden konnten ihre Arbeit per 1. Oktober neu an der Reiterstrasse aufnehmen.

9.2.8 Amt für öffentlichen Verkehr

Produktgruppe «Infrastruktur und Rollmaterial öffentlicher Verkehr»

Grundlage für die Leistungserbringung bildet der vom Grossen Rat verabschiedete Investitionsrahmenkredit 2001–2004 von 177 Mio. Franken (davon Kanton $\frac{1}{3}$, Gemeinden $\frac{2}{3}$). Weitere namhafte Beiträge an die Investitionstätigkeit im öffentlichen Verkehr leisten der Bund und die Transportunternehmen selbst (Eigenmittel). Bis Ende

Berichtsjahr wurde der Rahmenkredit durch Verpflichtungen für Investitionsbeiträge ausgeschöpft. Am 15. Juni 2004 hat der Grosse Rat einem neuen Rahmenkredit 2005–2008 zugestimmt.

Produkt «Investitionen Infrastruktur»

Am 12. Dezember 2004 wurden die 1. Etappe von Bahn 2000 und die S-Bahn Bern 2005 in Betrieb genommen. Die vollständig veränderte Fahrplanstruktur bedingte bei den SBB und den konzessionierten Transportunternehmen vielfältige Anpassungen bei der Infrastruktur. Sämtliche für den Betrieb notwendigen Infrastrukturausbauten konnten fristgerecht auf diesen Fahrplanwechsel fertig gestellt werden. Hingegen wurde die Kreditvorlage zum Projekt Tram Bern West in der kantonalen Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 knapp abgelehnt. Auf Grund überwiesener Motionen wurde die Planung für die notwendigerweise zu verbessernde öV-Erschliessung von Bern West wieder aufgenommen.

Produkt «Investitionen Rollmaterial»

Seit 2002 beteiligt sich der Bund nicht mehr an Rollmaterialbeschaffungen. Der Kanton Bern hat sich dieser Praxis angeschlossen. Die Transportunternehmen finanzieren das notwendige Rollmaterial soweit möglich mit Eigenmitteln und den Rest mit Bankdarlehen. Wegen den Investitionsfolgekosten beteiligt sich der Kanton jedoch nach wie vor an Evaluationsverfahren. Der Wechsel der Betriebsführung für die S-Bahn Bern sowie der Ersatz von nicht mehr geeignetem Rollmaterial führten zu bedeutenden Rollmaterialbeschaffungen. Auf den Fahrplanwechsel 12. Dezember 2004 wurden für den regionalen Personenverkehr folgende Schienenfahrzeuge in Betrieb genommen:

BLS Lötschbergbahn: 36 NINA und 10 GTW BOB;

Berner Oberlandbahnen: 5 Gliederzüge;

WAB Wengernalpbahn: 4 Panoramazüge;

SBB Brünigbahn: 2 Regionalzüge «Spatz».

Laufender Ersatz wurde auch bei regionalen Busbetrieben und städtischen Verkehrsbetrieben vorgenommen. Im Rahmen der Plangenehmigungsverfahren wurde bei 63 Eisenbahnbauvorhaben Stellung genommen.

Produktgruppe «Verkehrsangebot öffentlicher Verkehr»

Die Grundlagen für die Leistungserbringung sind im Angebotsbeschluss 2001–2004 des Grossen Rates sowie in den Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 festgelegt. Am 10. Februar 2004 hat der Grosse Rat einen neuen Angebotsbeschluss für die Periode 2005–2008 verabschiedet.

Produkt «Internationaler und nationaler Verkehr»

Am 26. Mai 2004 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft und den Entwurf zum Bundesgesetz über den Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz (HGV-Anschluss-Gesetz) sowie den Entwurf zum Bundesbeschluss über den Verpflichtungskredit für die erste Phase des HGV-Anschlusses. Der Bundesrat schlug dem Parlament vor, vorläufig nur ein Minimalprogramm zu realisieren und lediglich einen Kredit von 665 Mio. Franken für HGV-Anschlüsse zu bewilligen. In der Folge haben sich 18 Kantone (einschliesslich Kanton Bern) vehement gegen diese Absichten gewehrt und eigene Vorschläge eingebracht. In der Dezember-Session hat sich der Nationalrat für ein Programm von 1,3 Mia. Franken (wie im FINÖV-Beschluss vorgesehen) entschieden. Dieses enthält auch 100 Mio. Franken für den Ausbau der Strecke Bern–Neuenburg und 40 Mio. Franken für die Wiedereröffnung der Strecke Delle–Belfort. Die Vorlage wird Anfang 2005 im Ständerat behandelt.

Mit den Fahrzeitverkürzungen seit dem 12. Dezember 2004 und weiteren zusätzlichen Leistungen von Bahn 2000, 1. Etappe, ist die Einbindung des Kantons Bern ins nationale Schienennetz stark verbessert worden.

Produkt «Regional- und Ortsverkehr»

Die im Angebotsbeschluss 2001–2004 festgelegten Leistungen konnten mit den Transportunternehmen unter Einhaltung der finanziellen Vorgaben vereinbart werden. Sämtliche Planungen im Zusammenhang mit der Einführung von Bahn 2000, 1. Etappe, konnten fristgerecht abgeschlossen werden. Ebenfalls am 12. Dezember 2004 wurde nach intensiven Vorarbeiten der integrale Tarifverbund «Liberio» Bern/Solothurn/Oberaargau Wirklichkeit.

Für die mittelfristige Weiterentwicklung der S-Bahn Bern wurden Planungsstudien eingeleitet. Die langfristige Entwicklung des öffentlichen Verkehrs wird im Rahmen der Agglomerationsstrategie und den Agglomerationsprogrammen festgelegt.

Produkt «Touristischer und übriger Verkehr»

Trotz den vom Kanton bewilligten und auf zwei Jahre befristeten Betriebsabteilungen für die bernische Personenschiffahrt (Thuner-, Brienzer- und Bielersee) konnten die finanziellen Schwierigkeiten der beiden Schifffahrtsgesellschaften BLS und BSG nicht behoben werden. In Zusammenarbeit mit dem beco wurden deshalb Studien in Auftrag gegeben, welche aufzeigten, wie eine dauerhafte Sanierung eingeleitet und umgesetzt werden kann. Als Folge der Studienergebnisse hat der Grosse Rat einen Rahmenkredit bewilligt, welcher den Schifffahrtsgesellschaften ermöglicht, innerhalb von 3 Jahren die vorgeschlagenen Sanierungsvorhaben umzusetzen. Im Betriebsjahr wurden für touristische Transportanlagen 7, für die Luftfahrt 5 Stellungnahmen verfasst.

9.2.9 Hochbauamt/Liegenschaftsverwaltung

Der im Rahmen von SAR getroffene Beschluss, das Hochbauamt und die Liegenschaftsverwaltung zu einem Amt zusammenzulegen, wurde umgesetzt. Im April 2004 erfolgte der arbeitsorganisatorische Zusammenschluss, ab Juli waren die beiden Ämter auch räumlich vereint. Mit dem Inkrafttreten der angepassten rechtlichen Rahmenbedingungen per 1. Januar 2005 wird der Zusammenschluss zum neuen «Amt für Grundstücke und Gebäude» (AGG) auch formell vollzogen, ebenso die mit dem SAR-Beschluss verbundene Kürzung um zehn Stellen.

Das neue Amt vertritt den Kanton nun umfassend als Eigentümerin und Bauherrin. Damit sind die Voraussetzungen für eine effiziente und effektive Bewirtschaftung und Weiterentwicklung des kantonalen Liegenschaftsbestandes gegeben. Der nachfolgende Produktkatalog spiegelt bereits die Aufgaben des fusionierten Amtes.

*Produktgruppe «Betrieb der Liegenschaften»**Produkt «Unterhalt»*

Im Bereich Unterhalt werden die nötigen Unterhaltsarbeiten geplant, um Gebäudesubstanz und Gebrauchswert von kantonalen Immobilien sicherzustellen und ihren kulturellen Wert zu erhalten. Neben rein werterhaltenden Arbeiten umfasst dies auch gezielte betriebsspezifische Anpassungen der Gebäude und der Haustechnik sowie Sicherheitsfragen. Die Unterhaltsmassnahmen sind ausgerichtet auf ökonomisch und ökologisch nachhaltige Ziele. Dadurch können die Gebäude umweltfreundlicher betrieben und die Betriebskosten reduziert werden.

Im Unterhaltsprogramm des Betriebsjahres wurden von den 16 Gebäudeverantwortlichen insgesamt 580 Projekte bearbeitet (2003: 450). Die Ausgaben beliefen sich – ähnlich wie im Vorjahr – auf rund 52 Mio. Franken. Diese Kosten teilten sich wie folgt auf die Hauptarbeitsgattungen auf:

• Ausbau (Innenrenovation, betriebsspez. Anpassungen von Innenräumen)	16 Mio. (31%)
• Haustechnik (Elektroinstallationen, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage)	17 Mio. (34%)
• Gebäudehülle (Fassaden, Dächer)	11 Mio. (22%)
• Areal/Umgebung (Infrastruktur)	8 Mio. (13%)

Auf Grund der Verschärfung der Brandschutzvorschriften und der Erhöhung der Sicherheitsanforderungen müssen viele öffentliche Gebäude nachgerüstet werden. Die Planung dieser Projekte hat sich 2004 deutlich auf die Arbeitsbelastung ausgewirkt. Ab 2005 werden die Sicherheitsmassnahmen in die Ausführungsphase kommen und einen höheren Budgetanteil beanspruchen.

Produkt «Vermietungen»

Die Einnahmen aus Vermietungen und Verpachtungen lagen 2004 mit rund 19,2 Mio. Franken um 3,5 Prozent unter dem Rechnungsergebnis des Vorjahrs. Der Grund dafür liegt in den Verkäufen von Liegenschaften, welche nicht unmittelbar für die Belange der kantonalen Verwaltung benötigt werden.

Produkt «Bewilligungen/Konzessionen»

Die Abgabesätze für Bewilligungen für den gesteigerten Gemeingebrauch und für Konzessionen für die Sondernutzung von öffentlichen Gewässern wurden per 1. Januar 2004 erhöht. Daraus werden jährliche Mehreinnahmen von rund 450 000 Franken resultieren (im Berichtsjahr Einnahmen von insgesamt 2,5 Mio. Fr.).

*Produktgruppe «Entwicklung des Liegenschaftsbestandes»**Produkt «Bestandesplanung»*

Ein Schwerpunkt lag bei der Erarbeitung einer Immobilienstrategie für die Verwaltungsbauten der Zentralverwaltung in Bern. Die Konkretisierung und der Antrag für das Umsetzen der notwendigen Massnahmen erfolgt bis Anfang 2006.

Verschiedene Machbarkeitsstudien und Potenzialanalysen für anstehende Raum- oder Bestandesprobleme kantonomer Institutionen wurden durchgeführt. Beispielfähig zu erwähnen sind die Arbeiten für den Grosshösraum der Universität in Bern, für die Verkehrsprüfzentren in Bern und Thun, für das Areal Schlossberg in Thun, für die umfassende UPD Waldau-Gesamtplanung und für die Bebauung des Schermenwegareals in Bern. Der Verkauf und die Umzonung von Teilen der ehemaligen Landwirtschaftlichen Schule Schwand in Münsingen wurden eingeleitet. Im Schwerpunktbereich der Schulen (Sekundarstufe II und III) wurden zahlreiche Belegungsstudien und Massnahmenplanungen in Bern (Gymnasium Lerbermatt), Thun (Gymnasium Schadau) und im Jura (St-Imier und Moutier) sowie ein Wettbewerb für die kaufmännische Berufsschule in Langenthal durchgeführt.

Das Konzept zur Raumkostenverrechnung (Teilprojekt 4 KLER) steht unmittelbar vor der Verabschiedung durch den Regierungsrat. Daneben wurden Grundlagen im Bereich der Immobilien-Wirtschaftlichkeitsrechnung und der Standardkostenvorgaben erarbeitet.

Produkt «Bestandesveränderung durch Baumassnahmen»

Die Instandsetzung der Dermatologie und der Einbau der Bewachungsstation auf dem Areal des Inselspitals konnten termingerech und unter Einhaltung der Kredite fertig gestellt und eingeweiht werden. Im Projekt Instandsetzung der Kinderklinik wurde intensiv am Realisierungskonzept gearbeitet, nachdem der Regierungsrat bestätigt hat, dass die definierten Leistungen gemäss den finanziellen Grundlagen im Kreditbeschluss aus dem Jahre 2001 umzusetzen sind, insbesondere auch unter Einhaltung der Massnahmen betreffend Erdbebensicherheit. Die Aufrechterhaltung des Spitalbetriebes bei gleichzeitiger Instandsetzung stellt höchste Anforderungen an alle Beteiligten. Der Zusatzkredit für das Projekt INO wurde im Grossen Rat im April genehmigt. Der Generalplaner hat die Arbeit aufgenommen. Die Leistungen wurden mit dem Review des Organisationskonzeptes aktualisiert. Die Vorbereitungen für die Ausführung des Sekundärsystems der 1. Etappe (inkl. Ausschreibungen) wurden planmässig vorangetrieben.

Im universitären Bereich wurden für das vonRoll-Areal der Architekturwettbewerb und das Auswahlverfahren für das Planungsteam

durchgeführt und abgeschlossen. Der Vortrag an den Regierungsrat zuhnden des Grossen Rates für den Projektierungskredit der 1. Etappe ist in Vorbereitung. Die Realisierung des Projektes Kleintierklinik und zentrale Radiologie läuft termingerecht. Die Inbetriebnahme des Neubaus ist für Februar 2005 geplant. Die Instandsetzungsarbeiten am Institut für Geologie auf dem Bülhplatzareal laufen ebenfalls termingerecht. Die Inbetriebnahme der 1. Etappe ist im Frühjahr 2005 vorgesehen.

Die Realisierung der Umnutzung des ehemaligen Frauenspitals für die Universität ist programmgemäss weitergeführt worden. Ende Berichtsjahr hat die Totalunternehmung die Arbeiten am Primär- und Sekundärsystem weitgehend abgeschlossen, sodass nun die Ausstattung realisiert werden kann. Nach Genehmigung des Ausführungskredits durch den Grossen Rat konnte das Umbau- und Sanierungsprojekt an der Fellerstrasse in Bern für die Hochschule der Künste in Angriff genommen werden. Hingegen hat der Grosse Rat den Ausführungskredit für die Umnutzung eines Schauhauses für die Pflanzenforschung im Botanischen Garten Bern zurückgewiesen.

Unter hohem Zeitdruck konnte das Jugendheim Lory in Münsingen termingerecht fertig gestellt werden. Ebenso wurden die Umbauten am Anatomischen Institut an der Bülhstrasse in Bern abgeschlossen. Daneben wurden einige Projekte neu gestartet. Erwähnt seien der Projektwettbewerb für die Instandsetzung und Erweiterung des Viktoriaschulhauses in Bern zu Gunsten der Gewerblich-Industriellen Berufsschule und die Vorarbeiten für den Neubau eines Verkehrsprüfzentrums für die Region Oberland in Thun.

Produkt «Grundstückserwerb und -veränderungen»

Mit einem Erlös von rund 17 Millionen Franken wurden auch in diesem Jahr weitere Grundstücke veräussert, welche für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht mehr zwingend erforderlich sind. Unter anderem wurden die Kiley-Alpen im Diemtigtal für 2,3 Mio. Franken, je ein Bauland-Grundstück in Moosseedorf für 1,8 Mio. Franken und in Ostermundigen für 3,9 Mio. Franken sowie das Pfarrhaus in Wattenwil für 480 000 Franken verkauft. Ferner konnten zwei weitere Liegenschaftsobjekte, welche dem Kanton im Rahmen der Liquidation der Dezenium-Finanz AG (DFAG) übertragen wurden, mit einem Gesamterlös von 900 000 Franken veräussert werden.

Produkt «Zumietung»

Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Berufsschulen konnten per 30. Juni sämtliche Mietverträge abgeschlossen werden. Der jährliche Nettomietzins beträgt 7,66 Mio. Franken. Für den neuen Standort des Zivilstandsamtes des Kreises Bern im Neuen Schloss Bümpliz wurde mit der Stadt Bern ein Mietvertrag zu einem jährlichen Nettomietzins von 149 900 Franken unterzeichnet. Für die beiden Institute für Chirurgische Technologien und Biomechanik sowie für Evaluative Forschung in Orthopädischer Chirurgie der Universität Bern wurden Räume an der Stauffacherstrasse 78 in Bern mit einem Nettomietzins von 179 640 Franken pro Jahr gemietet. An der Morgartenstrasse 2a und 2c wurden für die Berner Fachhochschule Schulräume für einen jährlichen Nettomietzins von 1 061 775 Franken von der Stadt Bern gemietet.

Produkt «Subventionsberatung»

Die Neuanmeldungen für Subventionsgeschäfte im Heim- und Spitalbereich haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Das Hochbauamt prüft im Auftrag der federführenden Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) die Projekte im Mitberichtsverfahren auf ihre Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit und verfasst pro Geschäft Stellungnahmen zum Vorprojekt, zum Bauprojekt und zur Bauabrechnung.

Im Bereich der Alterspolitik sind Umbrüche absehbar. Das Hochbauamt hat sich deshalb intensiv mit den baulichen Auswirkungen des Leitbilds zur Alterspolitik auseinandergesetzt. Speziell das seit rund 20 Jahren gültige Richtprogramm für Altersheime soll nun überarbeitet werden.

9.3 Personal

9.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2004

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Generalsekretariat	31	16	28,15	12,60	40,75
Rechtsamt	6	11	5,00	6,75	11,75
Koordinationsstelle für Umweltschutz	3	5	2,85	3,05	5,90
Vermessungsamt	19	3	17,40	2,70	20,10
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	55	16	50,23	12,60	62,83
Abwasserfonds	1	–	0,20	–	0,20
Abfallfonds	1	–	0,80	–	0,80
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	44	9	37,20	5,80	43,00
Tiefbauamt (NEF)	486	33	480,10	22,03	502,13
Amt für öffentlichen Verkehr	8	2	7,20	1,60	8,80
Hochbauamt	41	19	36,30	13,89	50,19
Total Direktion per 31. 12. 2004	695	114	665,43	81,02	746,45
Vergleich zum Vorjahr: 31. 12. 2003	698	111	668,78	79,33	748,10
	–3	+3	–3,35	+1,69	–1,65

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Generalsekretariat	1	1	1,00	1,00	2,00
Rechtsamt	–	–	–	–	–
Koordinationsstelle für Umweltschutz	–	–	–	–	–
Vermessungsamt	3	4	2,00	3,20	5,20
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	1	–	0,13	–	0,13
Abwasserfonds	2	–	1,63	–	1,63
Abfallfonds	3	2	2,30	1,70	4,00
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	7	3	1,50	1,46	2,96
Tiefbauamt (NEF)	3	–	0,60	–	0,60
Amt für öffentlichen Verkehr	2	–	1,80	–	1,80
Hochbauamt	1	1	0,40	0,80	1,20
Total Direktion per 31. 12. 2004	23	11	11,36	8,16	19,52

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2004

Verwaltungseinheit	Punkteetat	Verbrauchte Punkte	Reservepool*
Generalsekretariat	3 715	3 928	+ 1 220
Rechtsamt	1 249	1 335	– 86
Koordinationsstelle für Umweltschutz	476	706	– 229
Vermessungsamt	2 143	2 172	– 29
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	5 324	6 144	– 821
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	(3 561)	3 818	– 257
Tiefbauamt (NEF)	(44 917)	41 344	+ 3 573
Amt für öffentlichen Verkehr	978	1 036	– 58
Hochbauamt	5 670	5 667	+ 3
Total Direktion per 31.12. 2004	19 556	20 987	+ 1
Vergleich zum Vorjahr: 31.12. 2003	19 556	21 323	+ 718
	0	– 336	– 717

* Abgaben an Regierungsrats-Pool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht mit dem Ergebnis «Punkteetat abzüglich verbrauchte Punkte» übereinstimmt.

Tabelle 3: Fluktuations- und Kündigungsrate

	2004	2003	2002	2001	2000
Planstellen*	789,750	789,949	790,714	789,844	780,50
Besetzte Stellen per 31.12.	745,747	754,534	739,778	733,946	737,25
Ausnützungsgrad	94,43%	95,52%	93,56%	92,92%	94,45%
Eintritte	78	80	89	107**	79**
Austritte	73	78	75	105	70
davon Kündigungen	14	29	24	21	23
davon befr. Anstellungen	32	20	29	58	25
davon Entlassungen	–	1	3	–	–
davon Pensionierungen	27	25	15	25	22
davon Todesfälle	–	3	4	1	–
Fluktuationsrate	9,20%	9,87%	9,48%	13,29%	8,96%
Kündigungsrate	1,77%	3,67%	3,00%	2,65%	2,95%

* = ohne 10,95 RR-Pool-Stellen und 5,427 drittfinanzierte Fondsstellen

** = inkl. 1 Lehtochter und 1 Lehrling

Tabelle 4: Lohnstruktur nach Geschlechtern

	Total	davon Frauen absolut	in %	2003	davon Männer absolut	in %
Gehaltsklassen 27–30	16	4	25,0	23,5	12	75,0
Gehaltsklassen 21–26	207	30	14,5	13,7	177	85,5
Gehaltsklassen 15–20	204	16	7,8	7,0	188	92,2
Gehaltsklassen 7–14	393	69	17,5	17,7	324	82,5
Gehaltsklassen 1–6	44	29	65,9	69,6	15	34,1
Total	864	148	17,1	(17,1)	716	82,9

Der Frauenanteil konnte in den oberen drei Gehaltsklassengruppen leicht gesteigert werden.

9.3.2 Personelle Änderungen auf der Führungsebene

Peter Vettiger, Kreisoberingenieur des Tiefbaukreises III in Biel, trat per 30. Juni in den Ruhestand. Er wurde durch Kurt Schürch ersetzt. Per 1. November übernahm Andy Fischer die Stelle des stellvertretenden Generalsekretärs im Generalsekretariat. Der bisherige Amtsinhaber, Jürg Hefti, wechselte auf diesen Zeitpunkt hin innerhalb des GS zur im Rahmen von NEF noch wichtiger werdenden Finanz- und Leistungsplanung.

9.3.3 Ausbildung auf Direktionsstufe

Die Kaderklausur fand am 25./26. Oktober statt und hatte die Evaluation der eigenen Führungsrolle mit möglichem Perspektivenwechsel und einer noch stärkeren Ausrichtung auf «win-win-Situationen» zum Thema.

Die Einführung von RENO als Verwaltungstool in der Informatik gab Anlass, alle Mitarbeitenden in einem Workshop mit der neuen Umgebung vertraut zu machen und gleichzeitig verschiedene Neuerungen in der Informatik zu vermitteln. Rund 250 Personen wurden so intern geschult.

9.4 Rechtsetzungsprogramm

Stand per 31. Dezember 2004

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Bearbeitung im Grossen Rat
9.4.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Baugesetz: Projekt siziert (u. a., da SAR-Massnahmen anderen Weg vorsehen)		
– Wasserversorgungsgesetz und Dekret über die Wassernutzungsabgaben (Änderung der Bemessungsgrundlagen)	8	
– Strassenfinanzierungsdekret, LSVA-Gelder, Änderung	1	Nov. 2005
9.4.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Energiegesetz, Minergie, Änderung	1	Februar 2006
– BKW-Beteiligungsgesetz	1	

9.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Wachsender Frauenanteil in der BVE

	Anteil Frauen in % aller Mitarbeitenden						
	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998
Gehaltsklassen 27–30	25,0	23,5	17,6	17,6	17,6	17,6	6,3
Gehaltsklassen 21–26	14,5	13,7	12,3	11,0	11,2	9,0	10,6
Gehaltsklassen 15–20	7,8	7,0	7,1	6,3	5,8	5,4	6,4
Gehaltsklassen 7–14	17,5	17,7	16,9	16,0	16,3	15,9	15,2
Gehaltsklassen 1–6	65,9	69,6	17,6	7,1	4,2	6,3	9,1
Total	17,1	17,1	13,5	12,5	12,4	11,8	12,0

Mit der Anstellung von Doris Haldner als Leiterin der Abteilung Portfoliomanagement und als Stellvertreterin der Amtsleitung im Hochbauamt konnte der Frauenanteil im Top-Kader auf 25 Prozent erhöht werden (vgl. Tabelle). Im Wasser- und Energiewirtschaftsamt wurde anlässlich der NEF-Neustrukturierung eine Ingenieurin zur Bereichsleiterin befördert, und im Vermessungsamt war es möglich, eine der beiden neuen Geodatenbank-Stellen mit einer Frau zu besetzen.

Die stellvertretende Generalsekretärin Cornelia Diethelm ist BVE-Vertreterin in der neuen interdirektionalen Gender Konferenz (vormals Taten statt Worte) und wird dieses Organ in Zukunft auch leiten. Am traditionellen nationalen Tochtterttag (jeweils am 2. Donnerstag im November) konnten die 10–16-jährigen Töchter und Bekannten der BVE-Mitarbeitenden an höchst attraktiven Amts-Programmen teilnehmen. Gegen 20 Mädchen haben davon Gebrauch gemacht und gemäss Auswertung einen erfreulichen Einblick in die vielfältige BVE-Arbeit gewonnen.

9.3.5 Besondere Bemerkungen

Im Sommer 2004 zügelten rund 15 Personen der Liegenschaftsverwaltung an die Reiterstrasse, um formell per Ende Berichtsjahr mit dem Hochbauamt zum neuen Amt für Grundstücke und Gebäude zu fusionieren. Der Grosse Rat hatte für die Zusammenlegung der beiden Ämter den Abbau von 10 Stellen gefordert. Diese Reduktion konnte nicht nur durch natürliche Fluktuationen aufgefangen werden, sodass drei Entlassungen unvermeidlich wurden. Im Oktober 2004 wechselten 11 Personen der Abteilung Strassen-signalisation der POM ihren Arbeitsplatz, einerseits in die Tiefbauamtzentrale an der Reiterstrasse und andererseits in die vier Tiefbauamtskreise. Damit wurde die von der Regierung beschlossene Integration dieser Abteilung ins Tiefbauamt vollzogen.

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Bearbeitung im Grossen Rat
9.4.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht – Totalrevision des Gesetzes über die amtliche Vermessung (Folge NFA)	1	
9.4.4 Andere Gründe		
0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen 1 = in Ausarbeitung 2 = in Vernehmlassung 3 = vom Regierungsrat verabschiedet 4 = von der Kommission behandelt 5 = vom Grossen Rat verabschiedet 6 = Referendumsfrist läuft 7 = vor der Volksabstimmung 8 = zurückgewiesen		

9.5 Informatik-Projekte (Übersicht)

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition (in 1000 Fr.)	Produktionskosten bei Vollbetrieb (in 1000 Fr.)	Produktionskosten im Berichtsjahr (in 1000 Fr.)	Realisierungs- zeitraum
4900 100 201/202....	INFOREIT	61,2	1)	2676	in Betrieb
4900 100 20310	BRW-2000	107,9	230 ²⁾	30 ³⁾	1999/2004
4900 100 21020	CMS-Einsatz-BVE	77,8	20	–	2003/2004
4900 100 21110	RENO-BVE	564,8	90 ⁴⁾	–	2003/2004
4900 100 21210	Geodatenbank-BVE	376,5	1123	–	2004/2005
4900 100 21310	GRUDIS-RB3	85,5	40 ⁵⁾	–	2003/2004
4900 100 21410	Ablösung VINCA Cluster	74,0	2	1,5	2004
4900 100 21510	Datenarchivierung BVE	–	9)	–	2004/2005
4900 100 21610	Intranet BVE	35,9	15	–	2004
Total		1383,6	1520	2707,5	

¹ Die Kosten des Vollbetriebes sind nicht definierbar, da INFOREIT für die Basisinfrastruktur/Büroautomation der BVE steht und kein abgeschlossenes Projekt ist,

² Ohne Anteil ASTRA und ohne Ausbauentwicklungen

³ Teilbetrieb seit September 2004

⁴ Produktionskosten zentral beim OA, Kosten BVE für Support und Paketierung

⁵ Anteile JGK und FIN ebenfalls je 40

⁶ Produktionskosten werden mit RRB vorliegen, welcher 2005 eingeholt wird

9.6 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/Planjahr	Status
VmA	BVE0005	Kostenbevorschussung an amtliche Vermessung	G / 2003	in Arbeit
GSA	BVE97991	Beiträge aus dem Fonds für Abwasserentsorgung	G / 2000	RRB 2299 vom 8. August 2001
WEA	BVE00009	Staatsbeiträge an die Energieversorgung (3. Energiebericht)	D / 1999	RRB 4247 vom 4. Dezember 2002
TBA	BVE00013	Beiträge an den Gewässerhaushalt	G / 2001	in Arbeit
TBA	BVE00015	Investitionsbeiträge an den Wasserbau	G / 2001	in Arbeit
TBA	BVE00017	Beiträge zur Erstellung und Realisierung der Uferschutzpläne und Unterhaltsarbeiten	G / 2001	RRB 1940 vom 29. Mai 2002
AöV	BVE00001	Leistungsvereinbarungsentschädigungen (Eisenbahngesetz)	G / 2000	RRB 1515 vom 28. Mai 2003
AöV	BVE0003	Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr	G / 2003	in Arbeit

9.7 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

9.7.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

9.7.1.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Motion 147/00 Ryser vom 13. Juni 2000 betreffend Konzept für einen behindertenfreundlichen öffentlichen Nah- und Regionalverkehr (überwiesen am 1.2.01). Am 1. Januar 2004 wurde das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt. Bei der Sanierung oder Neuerstellung von Publikumsanlagen sowie der Beschaffung von Rollmaterial für den Nah- und Regionalverkehr werden die Bedürfnisse der Behinderten berücksichtigt. Beim Projekt S-Bahn Bern wurden grosse Anstrengungen unternommen, um die Anlagen und das Rollmaterial möglichst umfassend behindertengerecht zu gestalten. Die Transportunternehmen sind verpflichtet, die Bestimmungen des Behindertengleichstellungsgesetzes bei der Rollmaterialbeschaffung und der Aufrüstung von Infrastrukturanlagen einzuhalten. Im öffentlichen Verkehr werden die Rahmenbedingungen für die Behinderten laufend verbessert. Die Erarbeitung eines separaten kantonalen Konzepts für einen behindertenfreundlichen öffentlichen Nahverkehr ist wegen der zügigen Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes nicht mehr notwendig.

Postulat 069/01 Pulver vom 2. April 2001 betreffend Förderung des öffentlichen Verkehrs Bahn 2000, 2. Etappe: kantonales Konzept für ein attraktives Angebot (überwiesen am 21.11.01). Der Zielkonflikt zwischen einem bedürfnisgerechten Ausbau des Schienennetzes und den verfügbaren finanziellen Mitteln des Bundes konnte in einem mehrjährigen Planungsprozess nicht befriedigend gelöst werden. Der Bundesrat hat deshalb einen Planungsabbruch beschlossen und den Auftrag erteilt, in den Jahren 2007/2008 eine Gesamtschau über die finanziell mögliche Weiterentwicklung

des Schienennetzes vorzubereiten. Dazu müssen vorerst die gesetzlichen Grundlagen zur Bahnreform 2 und zum neuen Finanzausgleich in Kraft sein. Der Kanton Bern hat seine Angebotsbedürfnisse beim Bund angemeldet. Die entsprechenden Angebotsvorstellungen sind in den Agglomerationsprogrammen integriert. Die Kantone werden erst wieder aktiv, wenn der Bund die Planungsarbeiten für die vorgesehene Gesamtschau aufnimmt.

Motion 023/02 Lütthi vom 21. Januar 2002 betreffend Bericht über unternehmerisches Handeln in der Gebäudeverwaltung (überwiesen am 4.9.02). Die Anliegen des Motionärs wurden im Rahmen der Diskussionen über die künftige Organisation von Hochbauamt und Liegenschaftsverwaltung grundsätzlich und umfassend erörtert und mit der Zusammenlegung im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht. Auf eine weitergehende Berichterstattung kann deshalb verzichtet werden, da keine neuen Informationen vorliegen.

Motion 074/02 Kiener Nellen vom 23. März 2002 betreffend Dringende Verbesserung im Tarifverbund des Bäretswil (überwiesen am 18.2.03: Ziff. 1 und 3 als Postulat, Ziff. 2 abgelehnt, Ziff. 4 als Motion). Zu Ziffer 1: Seit der Einführung des integralen Tarifverbundes «Libero» am 12.12.2004 gilt im gesamten Verbundgebiet (RVK 2, 3, 4 und Region Solothurn) der Zonentarif für Abonnemente, Einzelfahrausweise und Mehrfahrtenkarten. Zu Ziffer 3: Im Rahmen der Einführung des Tarifverbundes wurden die Billettautomaten an Haltestellen vereinheitlicht. Innerhalb des Verbundgebiets können beliebig viele Zonen gelöst werden. Auf Überlandlinien, auf welchen in der Regel die Haltestellen über keine Automaten verfügen, können die Zonenbillette beim Busfahrer gelöst werden. Zu Ziffer 4: Im Rahmen der Projektorganisation der S-Bahn Bern 2005 war die Fahrgastinformation im Teilprojekt «Zugang zur Bahn» ein zentrales Thema. Die im Teilprojekt erarbeiteten Standards und Normen (unter anderem betreffend Aushang der Fahrpläne) wurden auf den Fahrplanwechsel 12.12.2004 umgesetzt.

Motion 166/03 Friedli vom 16. Juni 2003 betreffend Zuschlagskriterien bei kantonalen Submissionen (überwiesen am 12. 2. 04: Ziff. 1 und 2 als Postulat, Ziff. 3 und 4 zurückgezogen). Im Sinne des Motionärs legte das Tiefbauamt einheitliche Zuschlagskriterien fest, und zwar differenziert für Bauaufträge unterschiedlicher Komplexität: Bei Aufträgen, welche keine besonderen Anforderungen an die Unternehmungen stellen beziehungsweise keine technischen Schwierigkeiten aufweisen, ist der Preis das einzige Zuschlagskriterium. Bei komplexeren Aufträgen kommen neben dem Preis wenige weitere, qualitativ-technische Zuschlagskriterien hinzu, welche fallweise auf die Besonderheiten des Auftrags abgestimmt werden. Bei äusserst komplexen Grossaufträgen kann das so genannte «2-Couverts-Verfahren» angewendet werden: Zuerst wird nur die Qualität beurteilt – ohne Kenntnis des Preises, welcher sich in einem vorerst verschlossenen zweiten Couvert befindet. Diese Grundsätze sind für alle Bauaufträge im Bereich National- und Kantonsstrassen verbindlich. Im Bereich des Hochbaus wird den Forderungen der Ziffern 1 und 2 soweit rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll Rechnung getragen: Gleiches wird möglichst gleich ausgeschrieben, um besser vergleichen zu können. Unterschiedliches dagegen wird differenziert ausgeschrieben, um zu den wirtschaftlich besten Ergebnissen zu kommen.

Motion 186/03 Fischer vom 25. Juni 2003 betreffend Kreditanträge für Bauprojekte im Kanton Bern (überwiesen am 12. 2. 04 als Postulat). Im Bereich des Ausbaus Umgestaltung sowie der Substanzerhaltung der Kantonsstrassen wird, wie verlangt, seit langem ein zweistufiger Prozess angewendet: Mit der zweijährlichen Kenntnisnahme des Strassenbauprogramms hat der Grosse Rat Informationen über alle Projekte und die Grössenordnung der zu erwartenden Kosten. Auf der Basis des Kostenvoranschlags – welcher gemäss Bestimmungen in den SIA-Normen eine Genauigkeit von +/-10% aufweisen sollte – beschliesst das finanzkompetente Organ im zweiten Schritt über den Kreditantrag. Gesamtleistungswettbewerbe werden im Tiefbauamt praktisch keine durchgeführt. Die wenigen Ausnahmen (wie z. B. die Sanierung Mäderen) konnten ohne Kreditüberschreitungen abgeschlossen werden.

Die Gesetzgebung wurde durch die Rechtsprechung bestätigt: PlanerInnen, welche die Ausschreibung einer nächsten Planungs- oder Projektierungsphase durchführen, sind wegen Wettbewerbsvorteil von der Teilnahme auszuschliessen (so genannte «Vorbefassung»). Der Regierungsrat hat hier wenig Spielraum. Hingegen können Firmen, welche eine Projektierungsphase bearbeiten, am Wettbewerb der nachfolgenden Phasen teilnehmen, sofern allen Teilnehmenden die relevanten Unterlagen zur Verfügung stehen, damit diese den Wissensrückstand aufholen können. Im Bereich Hochbau sind die Arbeiten an einem Instrument zur Mittelfristigen Finanzplanung in Gang. Ergebnisse können Ende 2005 präsentiert werden.

Motion 239/03 Schnegg vom 16. September 2003 betreffend Realisierung eines Radweges zwischen Sonceboz-Sombeval und Cortébert (überwiesen am 20. 4. 04 als Postulat). Das Begehren bewirkt eine Ergänzung im kantonalen Richtplan Velo (RRB Nr. 3984 vom 22. Dezember 2004). Die Verbindung Corgémont–Sombeval war ursprünglich nur der Kategorie «Kantonsstrasse Massnahmenplan ausserorts» zugeteilt, dies mit der Absicht, lediglich ausserhalb des Tempo-50-Bereichs und nur wo es die Verhältnisse zulassen (Durchfahrtsbreite in der SBB-Unterführung, Landerwerb, Kosten), spezielle Massnahmen für den Veloverkehr zu prüfen. Neu ist nun zusätzlich eine Parallelverbindung in der Nähe der Schüss in den kantonalen Richtplan Velo aufgenommen worden. Der Kanton sichert zu, sich finanziell am Ausbau des dort existierenden Fussweges zu einem Fuss- und Radweg zu beteiligen. Die federführenden Gemeinden können ein entsprechendes Beitragsgesuch einreichen.

Motion 240/03 Ryser vom 16. September 2003 betreffend Anerkennung des Behindertentransportes als Teil des öffentlichen Ver-

kehrs (überwiesen am 20. 4. 04: (Ziff. 1 als Postulat, Ziff. 2 zurückgezogen). Die in der Motion geforderten gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden beziehungsweise 2004 in Kraft gesetzt worden: Artikel 6 Absatz 3 des kantonalen Gesetzes über den öffentlichen Verkehr sowie Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes.

Motion 278/03 Kiener Nellen vom 17. November 2003 betreffend Massiv steigende Wasser- und Abwassergebühren: Abschreibungsvorschriften schaden dem Standort Bern (überwiesen am 11. 2. 04: Ziff. 1 als Motion, Ziff. 2 als Postulat). Durch die Anpassung der Kant. Gewässerschutzverordnung wurde das jährliche Einlageminimum in die Spezialfinanzierungen einheitlich für Wasser und Abwasser so festgelegt, dass mindestens 60 Prozent des auf Grund des Wiederbeschaffungswertes berechneten Betrages gedeckt sind. Dies entspricht zwar nicht überall dem Abschreibungsbedarf, kommt aber vielen Gemeinden entgegen, die bereits weitergehende Abschreibungen gemacht haben. Die Motion kann deshalb abgeschrieben werden.

Motion 061/04 Büttler vom 16. Februar 2004 betreffend Agglomerationen entlasten (überwiesen am 7. 9. 04: Ziff. 1 und 3 als Motion, Ziff. 2 abgelehnt). Gestützt auf diesen Vorstoss hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 3733 vom 1. Dezember 2004 die Ständesinitiative «Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung» beim Bund eingereicht.

Motion 141/04 Moser vom 14. Juni 2004 betreffend Bahnerschliessung Mystery Park Interlaken: Wiedererwägung des Grossratsbeschlusses vom 17. 02. 2003 (überwiesen am 6. 9. 04: Ziff. 1 als Motion, Ziff. 2 erfüllt/abgeschrieben). Der Regierungsrat hat entschieden, dem Grossen Rat einen Aufhebungsbeschluss zu unterbreiten. Der entsprechende Vortrag und Beschlussesentwurf sollen in der April-Session 2005 vom Grossen Rat behandelt werden.

9.7.1.2 Ausserordentliche Abschreibungen

Keine.

9.7.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

9.7.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Motion 119/01 Gresch vom 6. Juni 2001 betreffend Neue Trägerschaften für den Verkehr und Bundesfinanzierung (überwiesen am 20. 3. 02: Ziff. 1 abgelehnt; Ziff. 2 als Postulat). Nachdem 2003 die Thematik der Trägerschaften im Rahmen der Arbeiten an der Mobilitätsstrategie Region Bern behandelt wurde, konnte die Frage im Rahmen der Agglomerationsprogramme Verkehr/Siedlung und der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit vertieft werden. Der Grosse Rat wird 2005 über die weiteren Schritte entscheiden können.

Motion 136/01 Daetwyler vom 14. Juni 2001 betreffend Verdoppelung der Bahnschienen am Jurasüdfuss zwischen Ligerz und Twann (überwiesen am 24. 1. 02). Die SBB haben die Planung für die Schliessung der Doppelspurlücke Ligerz-Twann unter Beizug aller relevanten Akteure weitergeführt. Sowohl beim Bundesamt für Verkehr wie bei den SBB wird die Beseitigung dieses Engpasses als dringend eingestuft. Es sind deshalb Bestrebungen im Gang, das Vorhaben im Rahmen der nächsten Leistungsvereinbarung SBB zu realisieren. Im eidgenössischen Parlament wurde ein entsprechender Vorstoss eingereicht.

Motion 112/02 Erb/Meyer/Michel vom 11. Juni 2002 betreffend Schwellenwerte der IVöB erheblich senken (überwiesen am 18. 2. 03). Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion hat am 30. Oktober 2003 den Antrag des Grossen Rates für tiefere Schwellenwerte an die Schweizerische Bau-, Planungs- und UmweltschutzdirektorInnen-Konferenz (BPUK) weitergeleitet. Die Frage wird in der BPUK allerdings erst diskutiert, wenn alle Kantone der am 15. März 2001 revidierten Interkantonalen Vereinigung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) beigetreten sind. Dies dürfte frühestens 2006 der Fall sein: Bis Ende 2004 waren rund zwei Drittel der Kantone beigetreten.

Motion 035/03 Kaufmann vom 10. Februar 2003 betreffend Gesamtverkehrsfonds und Gesamtverkehrskonzept (überwiesen am 11. 9. 03 als Postulat). Eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der BVE wurde mit der Umsetzung der als Postulate überwiesenen Motionen Kaufmann (035/03) und Käser/Grunder (067/03) beauftragt. Neben den hauptbetroffenen Ämtern (Tiefbauamt und Amt für öffentlichen Verkehr) sind die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, die Finanzdirektion und die Polizei- und Militärdirektion beteiligt. Der Bericht soll dem Grossen Rat voraussichtlich in der September-Session 2005 vorgelegt werden.

Motion 067/03 Käser/Grunder vom 18. Februar 2003 betreffend Zweckergerichteter Einsatz der Strassengelder (überwiesen am 11. 9. 03 als Postulat). Vgl. Motion 035/03 Kaufmann oben.

Motion 074/03 Bichsel vom 18. Februar 2003 betreffend Förderung des kombinierten Personenverkehrs (überwiesen am 11. 9. 03 als Postulat). Im Rahmen der Projektorganisation S-Bahn Bern 2005 wurde die Förderung des kombinierten Personenverkehrs im Teilprojekt «Zugang zur Bahn» behandelt. Die Normen und Minimal-Standards für Park&Ride- und Bike&Ride-Anlagen wurden festgelegt. Bei einem Bestand im Jahr 2003 von 3420 P&R- sowie 18000 B&R-Standplätzen ist geplant, bis 2007 zusätzlich 400 P&R- und 3300 B&R-Standplätze bereitzustellen. Ein Teil davon konnte bereits auf den Fahrplanwechsel 12.12. 2004 in Betrieb genommen werden. Für die Wegweisung zu den Stationen und Haltestellen wurden Vorgaben und Empfehlungen zuhanden der Strasseneigentümer erarbeitet. Die Umsetzung der Wegweisung ist noch nicht durchwegs vollzogen und benötigt noch einige Überzeugungsarbeit. Die Sicherstellung der Raumbedürfnisse für P&R- und B&R-Anlagen wird im Rahmen der Agglomerationsprogramme behandelt.

Motion 111/03 Häsler vom 16. April 2003 betreffend Einheimisches Holz statt Urwalddraubbau (überwiesen am 11. 9. 03). Die Verwendung von Tropenholz wird in den ökologischen Merkblättern des Hochbauamtes zu den Bauleistungen (Leistungsbeschreibungen BKP 214 Montagebau in Holz) geregelt. Diese Merkblätter bilden immer einen Bestandteil des Vertrages. Mit der Empfehlung «Nachhaltig produziertes Holz beschaffen» hat der Bund zudem ein Hilfsmittel geschaffen, das die Verwendung von nachhaltig produziertem Holz sicherstellt. Das Hochbauamt richtet sich nach dieser Empfehlung und prüft, wie sie für kantonale Gebäude und subventionierte Bauten übernommen werden kann.

Motion 122/03 Erb/Grunder vom 12. Juni 2003 betreffend Kostendach INO (überwiesen am 19. 4. 04: Ziff. 1 bis 3 zurückgezogen, Ziff. 4 und 5 als Motion). Im Zusammenhang mit dem beantragten Zusatzkredit wurde das INO Projekt nochmals eingehend diskutiert. Der Grosse Rat hat am 20. April 2004 den Zusatzkredit genehmigt. Die Geschäftsprüfungskommission wird seither quartalsweise über den Projektstand informiert. Die Ziffern 4 und 5 werden in der Projektabwicklung berücksichtigt.

Motion 177/03 Wälti-Schlegel vom 24. Juni 2003 betreffend Bike n'Ride (überwiesen am 11. 2. 04 als Postulat). Das Anliegen der Mo-

tion ist im kantonalen Richtplan Velo (RRB 3984 vom 22.12. 04) berücksichtigt worden. Angesichts des Entlastungsprogrammes 04 des Bundes, welches massive Kürzungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorsieht, erschien dem Regierungsrat der Zeitpunkt als ungünstig, um eine Änderung des Eisenbahngesetzes zu verlangen. Massnahmen zugunsten von Bike&Ride sind jedoch in den Agglomerationsprogrammen enthalten, welche dem Bund unterbreitet werden.

Motion 229/03 Haas vom 15. September 2003 betreffend Abstandsvorschriften für Strassenreklamen (überwiesen am 24. 6. 04 als Postulat). Das Begehren des Motionärs wurde in die Traktandenliste zur geplanten Totalrevision des Strassenbaugesetzes aufgenommen.

Motion 266/03 Gresch vom 17. November 2003 betreffend Bergung der Munition aus dem Thunersee (überwiesen am 20. 4. 04). Im Zusammenhang mit der Ursachenermittlung der Gonadenveränderungen bei Thunerseefelchen wurden im dritten Zwischenbericht (Gewässerbelastung durch Sprengstoffe im Thunersee) die Ergebnisse der Untersuchungen 2004 vorgestellt. In den Wasserproben, die aus verschiedenen Tiefen und zu unterschiedlichen Jahreszeiten erhoben worden waren, konnten keine Sprengstoffe nachgewiesen werden. Die zu diesem Zweck entwickelte Analysenmethode weist Nachweisgrenzen im tiefen Nanogramm pro Liter-Bereich auf. Auch Seesedimentproben, die im Bereich der Munitionsdeponien Beatenbucht gestochen wurden, enthielten keine Sprengstoffe. Der abschliessende Bericht zu den Sprengstoffuntersuchungen erscheint 2005. Das weitere Vorgehen hängt unter anderem vom Inhalt dieses Berichts ab.

Motion 277/03 Pfister vom 17. November 2003 betreffend Muss die Stadt unbedingt Standort aller Staatsverwaltungszweige sein? (überwiesen am 11. 2. 04). Die Bearbeitung dieser Thematik läuft im Rahmen der Justizreform und der Planungen zur räumlichen Unterbringung der Zentralverwaltung im Raum Bern.

Motion 290/03 Käser vom 24. November 2003 betreffend Für einen zukunftsfähigen Bahnknoten Bern (überwiesen am 20. 4. 04). Für die kurz- bis mittelfristige Angebotsplanung wurde Anfang 2005 das Projekt «Weiterentwicklung S-Bahn Bern» gestartet. Resultate über die anzustrebende Angebotsentwicklung 2008/10 und 2012 sind im Herbst 2005 zu erwarten. Die langfristige Entwicklungsperspektive wird im Agglomerationsprogramm Region Bern behandelt. In beiden Planungsprozessen werden die zukünftigen Infrastrukturbedürfnisse für den Bahnknoten Bern evaluiert und festgelegt. Auf Grund dieser Ergebnisse erarbeitet die Abteilung Netzdesign der SBB einen Rahmenplan für den Weiterausbau des Bahnnetzes im Raum Bern.

Motion 296/03 Lauterburg vom 25. November 2003 betreffend Von Nutzen und Zusatznutzen: Aus Strompreissenkungen <win-win> Situationen schaffen (überwiesen am 15. 6. 04 als Postulat). Die Strompreise in allen kantonalen und vom Kanton subventionierten Bauten wurden in umfangreichen Befragungen erhoben, und es konnten mit den LieferantInnen bessere Tarife ausgehandelt werden. Die Entwicklung der Strompreise ist vor der effektiven Öffnung des Strommarktes noch sehr ungewiss. Deshalb ist der direkte Vollzug des Postulates vor Ende 2006 nicht möglich.

Motion 300/03 Kaufmann vom 26. 09. 2003 betreffend Förderung MINERGIE-Standard durch ökonomische und steuerliche Anreize (überwiesen am 7. 9. 04: Ziff. 1 bis 3 als Postulat, Ziff. 4 zurückgezogen). Ende 2004 war bereits eine Änderung der Energiegesetzgebung in der Vernehmlassung, welche das Anliegen Kaufmann vollständig berücksichtigt. Das Verfahren ist somit eingeleitet.

Motion 027/04 Oppliger/Bieri/Schiltknecht vom 9. Februar 2004 betreffend Inbetriebnahme NEAT 2007-Auswirkungen auf den Kanton Bern und insbesondere auf das Berner Oberland (überwiesen am 20. 4. 04). Die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Verkehr und den SBB über die Betriebsabwicklung des Personen- und Güterverkehrs nach Inbetriebnahme des Lötschbergbasistunnels konnte noch nicht abgeschlossen werden. Ende 2004 lagen verschiedene Varianten für Fahrplankonzepte vor. Ein definitiver Entscheid konnte jedoch noch nicht erwirkt werden.

Motion 031/04 Astier vom 9. Februar 2004 betreffend Anschluss des Kantons Bern an das europäische Eisenbahnnetz (überwiesen am 20. 4. 04: Ziff. 1 Abschreibung, Ziff. 2 als Postulat, Ziff. 3 als Motion). Im Hinblick auf die Beschlussesentwürfe und die Botschaft des Bundesrates betreffend Anschluss der Schweiz ans europäische Eisenbahnnetz (HGV-Anschlüsse) wurden durch die Lobby-Organisation «Oustrail» ausführliche Argumentationsgrundlagen erarbeitet. Nachdem der Bundesrat nur die Freigabe von 665 Mio. Franken für die HGV-Anschlüsse vorgeschlagen hatte, haben die 3 Regionalkonferenzen Westschweiz, Nordwestschweiz und Ostschweiz (insgesamt 18 Kantone) einen Kompromissvorschlag mit 990 Mio. Franken eingereicht. Dieser enthält unter anderem die Projekte Doppelspurausbauten Bern–Neuenburg und Wiedereröffnung der Strecke Delle–Belfort. Der Nationalrat hat in der Dezember-Session beschlossen, 1300 Mio. Franken für die HGV-Anschlüsse einzustellen, was dem Volksbeschluss zur FINÖV-Vorlage entspricht. Der Ständerat behandelt das Geschäft im Frühling 2005.

Motion 046/04 Bühler vom 10. Februar 2004 betreffend Mehr unternehmerische Freiheit für die BKW (überwiesen am 7. 9. 04 als Postulat). Der Regierungsrat hat sich mit der Materie bereits mehrmals befasst und Überlegungen zu notwendigen Gesetzesänderungen angestellt. Entsprechende Abklärungen laufen.

Motion 099/04 von Siebenthal vom 19. April 2004 betreffend Verwertung von Borkenkäferholz durch finanzielle Anreize zur Förderung von Holzfeuerungsanlagen (überwiesen am 7. 9. 04). Das Anliegen wurde aufgenommen, die Möglichkeiten mit dem Motionär zusammen erörtert und festgestellt, dass zuerst die Geldmittel gesichert werden müssen, bevor Förderaktionen angesagt werden dürfen. Die BVE wird an den Bund gelangen bezüglich finanzieller Mittel aus den Treibstoffzöllen.

Motion 109/04 Haas vom 27. April 2004 betreffend Ausschreibung von Aufgaben des Immobilienmanagements (überwiesen am 17. 11. 04 als Postulat). Die Zusammenlegung von Hochbauamt und Liegenschaftsverwaltung ist erfolgt. Im Hinblick auf eine möglichst hohe Effektivität wird geprüft, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist, gewisse (Teil-) Bereiche auszulagern oder zentral auszuschreiben.

Motion 121/04 Gresch vom 29. April 2004 betreffend Verwaltung auslagern – Wohnungen freigeben (überwiesen am 17. 11. 04 als Postulat). Die Arbeiten im Bereich der Strategie 3012 (Universität) und der Unterbringung der Zentralverwaltung in Bern laufen. Für das Areal von Roll wurde der Architekturwettbewerb entschieden, und die Möglichkeiten für die zukünftige Unterbringung der Zentralverwaltung wurden dem Regierungsrat vorgestellt. Beides nimmt die Anliegen der Motion auf.

Motion 146/04 Hänni vom 14. Juni 2004 betreffend Zukunft der Erschliessung Bern West mit öV (überwiesen am 6. 9. 04). Die Behördendelegation öV-Erschliessung Bern West hat bis Herbst 2004 folgende Vorstudien in Auftrag gegeben: Situationsanalysen mit Empfehlungen für das weitere Vorgehen sowie Machbarkeitsnachweis zum Betrieb von Doppelgelenkbussen bzw. Bus-Anhängergzügen. Auf Grund der Ergebnisse der beiden Untersuchungen konnten erste Entscheide getroffen werden. Es zeigte sich, dass Systeme

wie S-Bahn mit Zubringerbussen, Stadtbahn als Kombination Tram/S-Bahn und U-Bahn keine zweckmässige Alternativen darstellen. Die weiteren Arbeiten fokussieren sich deshalb auf alternative Linienführungen für das Tram, die Systemwahl Tram oder Megabus sowie die möglichen Angebotskonzeptionen für das gesamte Gebiet Bern West inkl. Niederwangen. Definitive Entscheidungsgrundlagen werden bis Herbst 2005 vorliegen.

Motion 151/04 Wälti-Schlegel vom 14. Juni 2004 betreffend Neue Lösung für Bern West (überwiesen am 6. 9. 04). Vgl. Motion 146/04 Hänni oben.

Postulat 167/04 Moser vom 11. August 2004 betreffend Höherlegung der Zihlbrücke im Zusammenhang mit dem geplanten Doppelspurausbau der S5 (überwiesen am 17. 11. 04). Die BLS hat den Auftrag erhalten, im Rahmen der Projektierung der Doppelspur Ins-Gampelen–Zihlbrücke eine Höherlegung der Zihlbrücke zu prüfen.

Motion 169/04 Rytz vom 23. Juni 2004 betreffend öV-Erschliessung für Bern West neu aufgleisen (überwiesen am 6. 9. 04). Vgl. Motion 146/04 Hänni oben.

Motion 184/04 Grossen vom 11. August 2004 betreffend Sanierungskosten Mitholtztunnel (überwiesen am 17. 11. 04). Die Abklärung der Ursachen, welche zu den Schäden am Mitholtztunnel führten, befindet sich in vollem Gang. Die Frage, ob überhaupt – und, wenn ja, zu welchen Kosten – saniert werden kann, kann erst beantwortet werden, wenn alle nötigen Details erhoben sind. Der Richter hat die notwendigen Experten noch nicht bestimmt.

Motion 186/04 Sutter vom 11. August 2004 betreffend Mitholtztunnel ist durch Strasse zu ersetzen (überwiesen am 17. 11. 04 als Postulat). Hierzu kann weitgehend auf die Anmerkungen zur Motion 184/04 Grossen verwiesen werden. Ein allfälliger Strassenbau könnte jedoch erst nach Fertigstellung der Deponie des Bahn-Basistunnels Lötschberg in Angriff genommen werden.

9.7.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Motion 252/99 Bourquin vom 16. November 1999 betreffend Lärmbekämpfung (überwiesen am 6. 6. 00 als Postulat). Im Rahmen der Unterhaltsplanung Nationalstrassen (UPlaNS) wurde in der Phase Massnahmenkonzept zusammen mit dem Kanton Neuenburg beschlossen, dass der heutige Strassenbelag bei den Instandstellungsarbeiten 2006/07 durch einen Drainbelag zu ersetzen sei, was geeignet ist, die Lärmemissionen zu reduzieren. Im Tiefbauamt wird geprüft, ob eine Lärmschutzwand für das Zentrum von Neuenstadt überhaupt noch nötig ist. Sollte dies der Fall sein, so läge eine adäquate Lösung aus dem vergleichbaren Projekt Wingreis bereits vor.

Motion 085/01 Daetwyler vom 10. April 2001 betreffend Aufwertung der Jurasüdfusslinie im Rahmen von Bahn 2000 (überwiesen am 21. 11. 01). Der Planungsprozess für Bahn 2000, 2. Etappe, wurde wegen dem Zielkonflikt zwischen einem bedürfnisgerechten Ausbau des Schienennetzes und den verfügbaren finanziellen Mitteln des Bundes unterbrochen. Geplant ist eine Gesamtschau über die finanziell mögliche Weiterentwicklung des Schienennetzes in den Jahren 2007/2008. Dazu sind vorerst die gesetzliche Grundlage zur Bahnreform 2 und zum neuen Finanzausgleich abzuschliessen. Die Angebotsvorstellungen des Kantons Bern und der Konferenz der VerkehrsdirektorInnen der Westschweiz sind dem Bund bekannt.

9.7.2.3 Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist

Motion 173/98 Meyer vom 1. September 1998 betreffend Raschere Verfahren bei der Überprüfung von Bauentscheiden (überwiesen am 30. 6. 99 als Postulat). Im Rahmen des SAR-Folgeprojektes «Komplexe Bau- und Planungsverfahren» werden diverse Aspekte der Verfahrensbeschleunigung geprüft. Ein separates Teilprojekt «Verfahrensmanagement» widmet sich diesem Aspekt. Im Jahr 2004 ist intensiv daran gearbeitet worden. Der Schlussbericht wird dem Regierungsrat im Frühjahr 2005 unterbreitet.

Bern, 25. Februar 2005

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin: *Egger-Jenzer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 5. April 2005

